

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den 2. Teil der 29. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 28. November bis 1. Dezember 1983 in Paris

Während der Herbsttagung erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

- Die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. Empfehlung 401 (S. 18).

Hierzu sprachen Abg. Dr. Ahrens (S. 14), Dr. Müller (S. 16), Dr. Unland (S. 17).

- Afrikas Rolle im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik; — Tschad —. Empfehlung 402 (S. 23).

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 20; 23) und Vogt (Kaiserslautern) (S. 22).

Bericht des Rates der WEU

- Die Anwendung des Brüsseler Vertrags — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 397 (S. 7).

Hierzu sprach Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 4).

Verteidigung

- Die europäische Sicherheit und die Lastenteilung im Bündnis. Empfehlung 396 (S. 5) und Entschließung 69 (S. 7).

Hierzu sprachen die Abg. Jäger (Wangen) (S. 3), Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 4) und Haase (Fürth) (S. 5).

- Die Rolle und den Beitrag der Streitkräfte im Falle von Natur- oder anderen Katastrophen in Friedenszeiten Empfehlung 398 (S. 8).

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Die Bewertung der Spitzentechnologie in Japan. Empfehlung 399 (S. 11).
Hierzu sprachen die Abg. Böhm (Melsungen) (S. 9) und Lenzer (S. 10).
- Die Harmonisierung der Forschung auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Spitzentechnologie. Empfehlung 400 (S. 13).
Hierzu sprach Abg. Lenzer (S. 12).

Haushalt

- Haushaltsentwurf 1984 für die Verwaltungsausgaben der Versammlung.
- Prüfungsbericht über die Verwaltungsausgaben der Versammlung 1982.

Beziehungen zu den Parlamenten

- Die Versammlung der WEU und die Nordatlantische Versammlung.
Hierzu sprach Abg. Dr. Enders (S. 19).

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der Generalsekretär der NATO J.M.A.H. Luns und der französische Verteidigungsminister Charles Hernu.

Bonn, den 20. Dezember 1983

Dr. Karl Ahrens	Wilfried Böhm (Melsungen)
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Montag, 28. November 1983

Tagesordnungspunkt:

**Die europäische Sicherheit
und die Lastenteilung im Bündnis**

(Drucksache 959)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Das Verteidigungskonzept des Bündnisses — Vergleichbarkeit von Verteidigungsleistungen — der transatlantische Dialog — die europäische Säule — Rüstungsproduktion — die Streitkräfte der WEU-Länder — Nuklearwaffen)

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Generalsekretärs der NATO,
J. M. A. H. Luns**

(Themen: Lastenteilung im Bündnis — Rüstungszusammenarbeit — Spannungsfälle außerhalb des NATO-Vertragsgebietes — Nukleare Mittelstreckenwaffen)

Gansel (SPD) *(Übersetzung aus dem Englischen):* Herr Luns hat viele erstaunliche Dinge gesagt. Gern würde ich ihm viele Fragen stellen, doch da ich zum erstenmal an dieser Versammlung teilnehme, beschränke ich mich auf eine Frage. Herr Luns verteidigte die **Dislozierung der Mittelstreckenwaffen** Pershing II und Marschflugkörper und sagte, nur Kamele könnten annehmen, daß die USA das Risiko eines sowjetischen Atomangriffs binnen 30 Minuten auf amerikanische Städte einzugehen bereit wären, indem sie ihren nuklearen Schirm über Westeuropa hielten, falls die Sowjetunion Westeuropa nur mit SS-20-Mittelstreckenraketen bedrohen würde.

Waren wir denn alle, Sie und ich, Kamele, als die USA 1962—63 ihre Mittelstreckenraketen aus Westeuropa und der Türkei abzogen und einverstanden waren, daß die Sowjetunion mehr als 650 Mittelstreckenraketen SS-4 und SS-5 all die Jahre hindurch behalten durfte?

Generalsekretär Luns antwortete, bei diesen Raketen habe es sich um in Europa stationierte Waffen gehandelt, gegen die eine Antwort zur Verfügung stand. Es sei die Politik der NATO, so wenig nukleare Waffen wie möglich zu unterhalten. Immerhin habe Chruschtschow der NATO angeboten, 200 000 Mann Fronttruppen abzuziehen, wenn die USA keine nuklearen Gefechtsfeldwaffen dislozierten.

Dieses Angebot hätte abgelehnt werden müssen, weil es einen Konflikt geradezu garantiert hätte. Die Abschreckung müsse für den Gegner stets ein Element der Ungewißheit enthalten.

(In einer späteren Richtigstellung wurde erläutert, daß Generalsekretär Luns nicht das Wort „Kamele“;

sondern „Kreml“ gebrauchte und den Zweifel der Sowjets an der Gültigkeit des US-Nuklearschirms im Falle eines SS-20-Angriffs auf Europa ausdrücken wollte.)

Dr. Rumpf (FDP): Herr Generalsekretär, ich hätte eine Frage, die sich darauf bezieht, daß die Sowjetunion am Ende der **Verhandlungen in Genf** immer mehr darauf bestand, die französischen und die englischen Waffensysteme mit anzurechnen. Glauben Sie, daß in weiteren Verhandlungen hier eine Basis gefunden werden könnte, und glauben Sie, daß eines Tages der Fall eintreten könnte, daß die Sowjetunion den Amerikanern außer diesen Systemen auch noch eventuelle chinesische Raketen anrechnen möchte, weil ja auch sie die Sowjetunion bedrohen?

Generalsekretär Luns wollte in seiner Antwort diese Möglichkeit nicht ausschließen. Er betonte, die französischen und britischen Potentiale seien strategische Waffen, keine NATO-Waffen und reine Verteidigungswaffen. Man könne auch nicht ausschließen, daß bei eventuellen späteren Verhandlungen über alle strategischen Waffen und bei Einverständnis dieser beiden Regierungen auch diese Potentiale mitgerechnet würden.

Tagesordnungspunkt:

**Die europäische Sicherheit
und die Lastenteilung im Bündnis**

(Fortsetzung der Aussprache)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Lassen Sie mich vorab dem Berichterstatter des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen, dem Kollegen Wilkinson, für seinen ausgezeichneten und umfassenden Bericht herzlich danken. Dieser Bericht ist über die Frage der Lastenteilung im Bündnis hinausgehend zu einem für jeden Interessierten höchst lesenswerten Kompendium für europäische Sicherheits- und Verteidigungsfragen geworden, zu dem ich Herrn Wilkinson beglückwünschen möchte.

Im Gegensatz zum Kollegen Tummers möchte ich sagen: Der Bericht entspricht dem Geist des Vertrages von Brüssel; denn dieser Geist ist kein Geist der Unterwerfung, sondern der Geist des Friedens in Freiheit.

Es trifft sich gut, daß nach den nationalen Parlamenten der europäischen NATO-Mitgliedstaaten nun auch die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union über die fundamentalen Fragen der Erhaltung des Friedens in Freiheit für unseren Kontinent debattiert. Sind wir doch, wie der Bericht zutreffend bemerkt, die einzige parlamentarische Versammlung in Europa, die eine originäre Zuständigkeit für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen hat.

Vieles in diesem Bericht ist ganz sicher nicht oder kaum umstritten. Lassen Sie mich daher einige Anmerkungen zu der Ziffer 3 des Empfehlungsentwurfs machen, die ganz sicher politisch kontrovers ist, wie ja schon die Beiträge meiner Vorredner bewiesen haben. In ihr wird im Grunde eine Selbstverständlichkeit formuliert, daß nämlich bei einem ausbleibenden Erfolg der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR über ein verifizierbares Rüstungskontrollabkommen bei nuklearen Mittelstreckenwaffen die am 12. Dezember 1979 gefaßten Beschlüsse des Bündnisses über die **Durchführung der Nachrüstung** auch ausgeführt werden.

Von dieser Durchführung durch alle Bündnispartner hängen Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik für den amerikanischen Partner wie für die Führung der Sowjetunion ab. Nur wenn das freie Europa ein verlässlicher, berechenbarer Bündnispartner bleibt, bleibt es ein Faktor der Sicherheit und damit ein Faktor des Friedens in der Welt.

Lasse sich niemand von dem derzeitigen Rückzug des Kremles vom Genfer Verhandlungstisch und von seiner gewaltigen Propagandakampagne beeindrucken, mit der seine Medien und deren Verbreiter unsere Länder und Völker überschwemmen! Schon 1979 hat der sowjetische Außenminister Gromyko gedroht, daß es überhaupt keine Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen geben werde, wenn der NATO-Doppelbeschluß in Brüssel unterzeichnet werde.

Als die Sowjetführer dann einsahen, daß es für sie nützlich sei, sich doch an solchen Verhandlungen zu beteiligen, taten sie es völlig ungeniert, auf das kurze Gedächtnis der Menschen in unserer heutigen schnelllebigen Zeit vertrauend.

Sie werden es wieder so machen, auch wenn die Nachrüstungswaffen des Bündnisses gegen die ungeheuerliche Bedrohung der sowjetischen SS-20-Raketen planmäßig nach und nach disloziert werden. Ich persönlich bin sogar überzeugt davon, daß jetzt bessere Chancen für eine Kompromißbereitschaft der Sowjetführer bei neuen Verhandlungen bestehen, nachdem sie erkannt haben, daß es ihrer Propaganda und dem Druck pazifistischer Massenaufmärsche nicht gelungen ist, die Westeuropäer einzuschüchtern und sie vom Kurs einer konsequenten Friedenspolitik abzubringen.

Wenn diese Versammlung ihren Beitrag dazu leistet, mit dem Ja zur Bündnistreue, zu den 1979 in Brüssel gefaßten Beschlüssen, die die Unterschrift christlich-demokratischer, konservativer, liberaler und sozialistischer Regierungschefs europäischer Staaten tragen, dem Ja zu verstärkten Verteidigungsanstrengungen aller Bündnispartner den klaren Kurs der Westeuropäischen Union fortzusetzen und nicht von ihm abzuweichen, wird das unser bester Beitrag zum Frieden für unsere Völker sein.

Als christlicher Demokrat empfehle ich Ihnen daher die Annahme des Wilkinson-Berichts. — Ich danke Ihnen.

Dienstag, 29. November 1983

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Sicherheit und die Lastenteilung im Bündnis

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter, unserem Kollegen Wilkinson, zu seinem Bericht sehr herzlich gratulieren. Dabei will ich diesen Glückwunsch nicht, wie das andere Redner getan haben, auf die Menge der investierten Zeit, auf den Umfang oder auf die Intensität der Betrachtungen beschränken, sondern ich möchte mich schon eingangs meiner Ausführungen ausdrücklich auch zu dem Ergebnis dieses Berichts bekennen. Ich beglückwünsche den Berichterstatter auch zu dem Ergebnis, das er gewonnen hat. Ich werde diesem Bericht zustimmen.

Mehrere Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben, haben Bedenken geäußert, und das aus unterschiedlichsten Richtungen. Es gab aber kaum eine Stellungnahme, in der nicht davon ausgegangen worden ist, daß wir zu unserer Sicherheit in Europa der USA bedürfen, kaum eine Stellungnahme, in der nicht davon ausgegangen worden ist, daß wir die Unterstützung der Amerikaner brauchen. Dennoch wurde dann bemängelt, dieses oder jenes sei in dem Bericht nicht ausreichend angesprochen worden, dennoch wurde in der einen oder anderen Weise auch Kritik gegenüber den Amerikanern geäußert, wenn auch sehr vorsichtig, wie ich hinzufügen muß.

Es ist in unseren Ländern, zumal in der Öffentlichkeit unserer Länder, nicht anders als in dieser Versammlung. Da wird immer wieder gesagt, die Amerikaner hätten dieses oder jenes falsch gemacht, sie müßten dies oder jenes tun. Wir sind alle für die NATO. Aber diesen schönen Worten folgen sehr oft nicht die Taten. Wir sollten als WEU diesen Fehler nicht machen. Wir müssen unter Freunden auch einmal über etwas hinwegsehen, was uns nicht ganz paßt. Wir sollten keinen Zweifel daran entstehen lassen, daß wir die Hilfe der Amerikaner nötig haben, daß wir andererseits die Amerikaner unterstützen müssen, und das nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Deswegen, meine ich, müssen wir diesem Bericht zustimmen.

Als Deutscher muß ich einige Anmerkungen zur Ziffer 2b der Empfehlung machen, die bereits mehrfach angesprochen worden ist, nämlich zum **Einsatz von Truppen der WEU-Länder außerhalb des NATO-Gebietes**. Zunächst einmal muß ich darauf verweisen, daß man mit Blick auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Frage stellen kann und muß, ob die deutsche Bundeswehr überhaupt außerhalb der Grenzen des NATO-Bereichs, außerhalb ihrer unmittelbaren Verteidigungsaufgabe für unser Land eingesetzt werden darf. Ich gebe zu, man streitet sich über diese Frage.

Aber dieses verfassungsmäßige Bedenken als solches besteht in der Bundesrepublik Deutschland, und das muß man sehen.

Zum anderen muß ich betonen, daß es immer die Linie der Bundesregierung war — der vergangenen Regierungen und auch der jetzigen Regierung —, hinsichtlich der Hilfe für militärische Aktionen, die nicht unmittelbar in unserem Bereich liegen, sehr zurückhaltend zu sein. Auch die Regierung Kohl hält an dieser Linie fest. Dennoch, glaube ich, können wir Deutsche der Empfehlung, so wie sie formuliert ist, zustimmen, und zwar aus zwei Gründen.

Es ist durchaus die Frage zu stellen, ob denn die Bundesrepublik Deutschland über „entsprechendes militärisches Potential“ verfügt, das in der Ziffer 2 b angesprochen wird. Unsere Bundeswehr ist nämlich voll der NATO unterstellt, so daß wir gar keine NATO-freien Streitkräfte haben, die wir einsetzen könnten. Des weiteren muß man sich darüber im klaren sein — das war auch unsere Politik in der Vergangenheit —, daß man solche Aktionen, wenn sie außerhalb des eigenen Bereichs notwendig sind, auch dadurch unterstützen kann, daß man Lücken füllt, die eben im Zuge solcher Aktionen entstehen. Die Bundeswehr könnte solche Lücken füllen, was, wenn auch auf andere Weise, ebenfalls eine Unterstützung solcher notwendigen Aktionen wäre.

Wenn man die Ziffer 2b vor diesem Hintergrund sieht, den ich jetzt erläutere habe — daß wir nicht unmittelbar außerhalb des NATO-Bereichs tätig werden —, können wir der Empfehlung insgesamt zustimmen, und zwar auch der für uns etwas fraglichen Ziffer 2b. — Vielen Dank, Herr Präsident.

Haase (Fürth) (SPD): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen! Zunächst möchte auch ich dem Berichterstatter für seinen außerordentlich interessanten Bericht danken. Er gibt im übrigen Ansichten wieder, die zum Teil auch ein deutscher Sozialdemokrat akzeptieren und gutheißen kann. Insoweit hat der Vorredner sicher nicht ganz recht, wenn er meint, man habe sich bei uns so direkt gewandelt, daß heute das schwarz ist, was vorher weiß gewesen ist.

Ich möchte die Feststellung, die in der Einleitung zu dem Bericht getroffen wird, besonders unterstreichen. Dort heißt es: Jeder nationale Beitrag, sei er politisch, finanziell, militärisch, industriell, in Form von Truppen oder Material, ist ein Beitrag, die Lasten des westlichen Bündnisses zu tragen. — Ich möchte dies unterschreiben und unterstreichen, vor allen Dingen deshalb, weil es auch um den politischen Teil geht. Hier denke ich z. B. an **Berlin**. Das, was die Bundesrepublik Deutschland für Berlin tut, bedeutet in der Tat einen Teil des erwähnten Beitrags, ohne daß es unbedingt ein militärischer Beitrag sein muß.

Es gibt aber auch wesentliche Passagen in dem Antrag, denen ich nicht zustimmen kann. Sie stehen mit den Vertragszielen des Bündnisses nicht in Übereinstimmung. Ich beziehe mich hier auf Ziffer VIII sowie die Ziffern 1d und 2b des Empfehlungs-

entwurfs. Diese Abschnitte bedeuten in ihrer Konsequenz, daß praktisch eine **Ausweitung des NATO-Verteidigungsgebietes** vorgenommen wird. Sollten die USA durch ein Engagement an irgendeiner Stelle der Welt Truppen benötigen, so könnten sie diese problemlos aus Europa abziehen. Europa würde sie seinerseits ersetzen. In diesem Zusammenhang ist aber gleich die Frage zu stellen: wer in Europa — die Belgier, die Holländer, die Briten? Es wird eine ziemliche Uneinigkeit und Streit darüber geben, wer die amerikanischen Streitkräfte in diesem Falle — mit der Kampfstärke, die dann aus Europa abgezogen ist — zu ersetzen hat. Das heißt, dadurch wird das Bündnis nicht gestärkt, sondern geschwächt, weil neue Probleme geschaffen werden.

Noch weniger zu akzeptieren ist die Feststellung, daß die Entwicklung außerhalb des NATO-Bereiches — bei Übereinstimmung der Regierungen — als Bedrohung für das ganze Bündnis angesehen werden kann. Ich habe sehr wohl richtig gelesen: bei Übereinstimmung der Regierungen. Dies bedeutet jedoch, daß Sie die Parlamente der NATO-Staaten völlig außer acht lassen, daß Sie den Aspekt der Ratifizierung des NATO-Vertrages in Ihre Überlegungen überhaupt nicht mehr mit einbeziehen. Der NATO-Vertrag wurde von allen Staaten ratifiziert, d. h. die Parlamente haben ein Mitspracherecht. Wenn Sie jetzt so handeln, daß im Falle der Übereinstimmung der Regierungen eine Bedrohung für die NATO auch dann angenommen werden kann, wenn es sich um Probleme in Gebieten außerhalb der NATO handelt, dann weiten Sie diesen Vertrag praktisch aus, ohne ihn der Ratifizierungsprozedur zu unterwerfen. Dies kann nicht sein. Dies verstößt gegen den Inhalt der Verträge.

Herr Wilkinson, das ist auch der Grund, warum ich der Entschliebung, die Sie vorgelegt haben, nicht zustimmen kann. Es gibt in der Tat eine Reihe von Problemen, die in Ihrer Darstellung zwar angesprochen sind, für die Lösungen aber leider nicht aufgezeigt werden. Dies ist meine Kritik an Ihrem Antrag. Sie werden verstehen, daß mir eine Zustimmung deshalb nicht möglich ist.

Empfehlung 396

betr. die europäische Sicherheit und die Lastenteilung im Bündnis

Die Versammlung

- (i) ist sich der zahlreichen Schwierigkeiten bewußt, die sich bei einem Vergleich der nationalen Verteidigungsanstrengungen ergeben, gelangt jedoch zu dem Schluß, daß die europäischen Verbündeten inzwischen fast durchweg einen sehr angemessenen Teil der vereinbarten Lasten tragen, wobei ihr Anteil in den letzten 25 Jahren von 24 v. H. auf 38 v. H. gestiegen ist und der stärkste Anstieg während der 70er Jahre zu verzeichnen war; erkennt an, daß die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer bedeutenden strategischen nuklearen Abschreckungskraft und ihrer weltweiten Rolle einen höheren

Anteil ihres Volksvermögens für Verteidigung ausgeben als ihre europäischen Bündnispartner; ist jedoch überzeugt, daß einige spezifische Verbesserungen der Verteidigungsanstrengungen erforderlich sind;

- (ii) stellt die Existenz der unabhängigen Nuklearstreitkräfte Frankreichs und des Vereinigten Königreichs fest;
- (iii) ist der Auffassung, daß die unterschiedlichen Haltungen der europäischen Bündnispartner und der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich der Beziehungen zur Sowjetunion und der sich daraus ergebenden Meinungsverschiedenheiten in bezug auf den erforderlichen Umfang und die Zusammensetzung der alliierten Verteidigungsanstrengungen ein wichtiges Element in der fortgesetzten Diskussion über die Lastenteilung darstellen;
- (iv) ist überzeugt, daß diese unterschiedlichen Haltungen in verstärktem Maße Konsultationen zwischen den europäischen Bündnispartnern über Strategiepolitiken und Verteidigungsfragen erforderlich machen;
- (v) ist überzeugt, daß die politischen Beziehungen zwischen den europäischen Mitgliedern des Bündnisses und den Vereinigten Staaten in verstärktem Maße dem wirtschaftlichen, politischen und verteidigungspolitischen Beitrag, den diese Länder in jeder Beziehung zur Sicherheit Westeuropas leisten, Rechnung tragen sollten;
- (vi) ist sich der Tatsache bewußt, daß der Isolatismus in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich auf Kosten der westlichen Sicherheit zunehmen wird, sofern die europäischen Bündnismitglieder nicht die amerikanische Öffentlichkeit und den Kongreß davon überzeugen können, daß der europäische Beitrag zu den Verteidigungsanstrengungen der NATO angemessen ist, und sofern die Öffentlichkeit und die Parlamente in Europa nicht ihrerseits den amerikanischen Beitrag zu den Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses in all seinen Formen würdigen;
- (vii) begrüßt deshalb den vom amerikanischen Verteidigungsminister dem Kongreß vorgelegten Jahresbericht über den Beitrag der Verbündeten zur gemeinsamen Verteidigung und die Vorschläge der WEU sowie die von der Eurogroup abgegebenen Erklärungen, in denen der Umfang des europäischen Beitrags im einzelnen dargestellt wird;
- (viii) ist der Ansicht, daß die Verteidigungspläne der Bündnispartner sowie die im Rahmen des Brüsseler Vertrages eingegangenen Verpflichtungen möglichen Auswirkungen von Entwicklungen außerhalb des NATO-Bereichs Rechnung tragen müssen, und daß im Falle solcher Entwicklungen, die von den Bündnispartnern übereinstimmend als direkte Bedrohung der vitalen Interessen des Bündnisses angesehen werden, alle Bündnispartner bereit sein müssen, ihren

Beitrag innerhalb des NATO-Bereichs zu leisten, um die Dislozierung von US-Streitkräften außerhalb dieses Bereichs zu erleichtern;

- (ix) erinnert daran, daß die Probleme der gemeinsamen Verteidigung und die Zustimmung der Öffentlichkeit zu nationalen Verteidigungsprojekten nicht von der Qualität der wirtschaftlichen, politischen und monetären Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Mitgliedern der WEU getrennt gesehen werden können;

empfiehlt dem Rat,

- A. die Regierungen der betroffenen Mitgliedsländer der WEU dringend aufzufordern, die erforderlichen Maßnahmen gemeinsam zu definieren und dem Nordatlantikrat zur Kenntnis zu bringen:
- 1. ihre Verteidigungsanstrengungen wie bisher fortzusetzen und in spezifischen Fällen wie folgt zu verbessern:
 - a) durch gemeinsames Festhalten am NATO-Ziel einer Steigerung der realen Verteidigungsausgaben, solange die Sowjetunion weiter aufrüstet, sowie durch Erfüllung der von den Ländern im Zweijahresrhythmus gebilligten Sollzahlen für die Truppenstärke;
 - b) durch eine Erhöhung der Kampffähigkeitsdauer des Bündnisses, indem Brennstoff, Munitions-, Ersatzteil- und Verbrauchsgütervorräte für mindestens 30 Tage angelegt werden und die Leistungsfähigkeit der Reservestreitkräfte verbessert wird;
 - c) durch größtmögliche Verstärkung der konventionellen Kampfkraft und Anhebung der Nuklearschwelle durch schrittweise Einführung bewährter Systeme, wobei neue Technologien, die auf einer gerechten Grundlage im atlantischen Gesamtrahmen gemeinsam entwickelt und hergestellt werden, ebenfalls Verwendung finden sollen;
 - d) durch Verbesserung der Flexibilität, Mobilität, Wirksamkeit und Einsatzbereitschaft der europäischen Interventionsstreitkräfte, um sowohl die nationalen Beiträge zur mobilen Einsatztruppe des Alliierten Kommandobereichs Europa (ACE Mobile Force) zu verbessern als auch, im Falle einer Krise in Europa, soweit wie möglich jeden Abzug und Einsatz von für Europa bestimmten Verstärkungen der Vereinigten Staaten außerhalb des NATO-Bereichs zu kompensieren;
- 2. im Falle von Entwicklungen außerhalb des NATO-Bereichs, die ihre vitalen Interessen beeinträchtigen:
 - a) innerhalb des NATO-Bereichs alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Dislozierung von Streitkräften jedes beliebigen Mitgliedstaates der NATO außerhalb dieses Bereichs zu erleichtern;
 - b) die Beteiligung derjenigen Mitgliedsländer der WEU, die über ein entsprechendes militä-

risches Potential verfügen, an solchen Dislozierungen;

3. gemeinsam energisch die Anstrengungen der Vereinigten Staaten zu unterstützen, die diese im Namen des Bündnisses unternehmen, um zu-friedenstellende, ausgewogene und verifizier-bare Rüstungskontrollabkommen mit der So-wjetunion sowohl auf dem Gebiet der strategi-schen Nuklearwaffen als auch der nuklearen Mittelstreckenwaffen sicherzustellen und, falls letzteres bis Ende 1983 nicht zustande kommt, die von den Mitgliedsländern der NATO am 12. Dezember 1979 bezüglich der Dislozierung von bodengestützten Marschflugkörpern und Pershing II-Raketen gefaßten Beschlüsse durch-zuführen;
4. a) die Erörterungen über die europäische Ver-teidigung innerhalb des WEU-Rates sowie die informellen Konsultationen innerhalb der Eurogruppe zu vertiefen und zu verbes-tern und dafür zu sorgen, daß die europäi-sche Position in den Vereinigten Staaten, ins-besondere gegenüber den Ausschüssen und Mitarbeitern des Kongresses in aller Klar-heit verdeutlicht wird, in Form einer Aufklä-rungskampagne, die von den Washingtoner Botschaften derjenigen Länder, die das Se-kretariat der Eurogroup und den amtierenden Vorsitzenden stellen, koordiniert wird;
- b) mit Hilfe der Versammlung der WEU ähnli-che Anstrengungen zu unternehmen, um in den europäischen Ländern der Öffentlichkeit und den Parlamenten klar zu machen, wel-chen Beitrag die Vereinigten Staaten zur Verteidigung des Bündnisses leisten;
- B. sich mit folgenden Punkten zu befassen und der Versammlung darüber zu berichten:
 1. die Erweiterung und Verstärkung der Aktivitä-ten des Rates in Fragen der europäischen Ver-teidigung, wie sie zuletzt 1957 definiert wurden;
 2. die Verpflichtung, alle Mitglieder der WEU auf-zufordern, einen Beitrag zur Stärkung des euro-päischen Teiles des westlichen Bündnisses zu leisten.

EntschlieÙung 69

betr. die europäische Sicherheit und die Lastenteilung im Bündnis

Die Versammlung

bekräftigt ihre Rolle als einzige parlamentarische Versammlung in Europa, die kraft Vertrag Verteidigungsfragen erörtern kann;

unterstreicht die Notwendigkeit, die europäische Säule des Atlantischen Bündnisses durch eine ein-vernehmliche Haltung aller europäischen Verbün-deten über die Grundprinzipien der Verteidigungs-politik und -strategie des Bündnisses zu stärken;

erinnert an ihre EntschlieÙung 15;

fordert die Parlamente der europäischen NATO-Länder, die nicht Mitglied der WEU sind, auf, in den Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen Beobachter zu entsenden, damit sie sich an der Ausarbeitung des in diesem Ausschuß anstehenden Be-richtes über den Stand der europäischen Sicherheit beteiligen können;

beschließt, daß solche Beobachter Rederecht erhal-ten sollen.

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 948)

Berichterstatter: Abg. Prussen (Luxemburg)

(Themen: Die Beziehungen zwischen Rat und Ver-sammlung — Tätigkeiten des Rates; Verteidigungs-fragen — das Amt für Rüstungskontrolle — der Ständige Rüstungsausschuß)

Dr. Freiherr Spies von Bülesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Berichterstatter Prussen hat in seinem mündlichen Bericht das Wort gebraucht, es gehe darum, die letz-ten Spuren eines Teils der deutschen Geschichte zu beseitigen, die sich nicht wiederholen werde. Wir Deutschen vergessen nicht den bösen Teil unserer Geschichte; wir vergessen ihn in Demut nicht. Aber wir sind stolz auf inzwischen fast 35 Jahre deut-scher freiheitlicher Demokratie und unseres Bei-trags zum Frieden, der heute auch von keiner Seite in Zweifel gezogen wird.

Angesichts des auch in dieser Hinsicht freundli-chen Redebeitrags des Kollegen Bernini möchte ich auf weitere Aussagen verzichten und nur sagen, daß wir dem Bericht des Kollegen Prussen zustim-men werden.

Empfehlung 397

betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrags — Antwort auf den 28. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- (i) begrüßt die weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Rat und der Versammlung in be-zug auf die Anwendung des Brüsseler Vertra-ges, wie sie in Empfehlung 380 und der Antwort des Rates darauf zum Ausdruck kommt, sowie in bezug auf den Vorschlag, die WEU den Erfor-dernissen der achtziger Jahre anzupassen;
- (ii) stellt fest, daß der Rat die Empfehlung der Ver-sammlung, die wenigen, noch bestehenden Pro-duktionsbeschränkungen für konventionelle Waffen in einem Mitgliedsland abzuschaffen, mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und erörtert hat und daß er ferner die techni-schen, militärischen und politischen Aspekte der Empfehlung der Versammlung, die eine

Änderung der Liste derjenigen Waffen, die quantitativen Kontrollen unterliegen, durch Kürzungen vorsieht, erwägt;

- (iii) ist sich bewußt, daß die im geänderten Brüsseler Vertrag vorgesehenen Kontrollen atomarer und biologischer Waffen nie angewendet wurden, ist jedoch der Auffassung, daß ihre Anwendung unter den derzeitigen Bedingungen nicht mehr zweckmäßig ist;
- (iv) ist der Meinung, daß die qualifizierten Mitarbeiter des Ständigen Rüstungsausschusses und des Amtes für Rüstungskontrolle in vollem Umfang sowohl zur Untersuchung der in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallenden Probleme zum Wohle des Bündnisses in seiner Gesamtheit als auch zur Unterstützung der Versammlung bei der Vorbereitung ihrer Berichte eingesetzt werden sollten, und begrüßt ausdrücklich, daß in Verwirklichung der Antwort des Rates auf Empfehlung 331 ein erster Versuch in diesem Zusammenhang unternommen worden ist;
- (v) bedauert, daß die derzeitige Regierung der Vereinigten Staaten der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, mit der das Amt für Rüstungskontrolle der WEU gelegentlich zusammenarbeitet, schwerwiegende Kürzungen auferlegt hat;
- (vi) begrüßt, daß als Reaktion auf die Empfehlungen 331 und 348 spezifische Informationen über die Stärke der dem Alliierten Oberbefehlshaber Europa (SACEUR) unterstellten britischen Boden- und Luftstreitkräfte in den Jahresbericht des Rates aufgenommen wurden, und erkennt an, daß gemäß den Bestimmungen des Brüsseler Vertrages die Aufnahme dieser Informationen in den Bericht nicht erforderlich ist.
- (vii) bedauert jedoch, daß es der Rat in den vergangenen Jahren abgelehnt hat, verschiedene andere, von der Versammlung geforderte Punkte in die Jahresberichte aufzunehmen;

empfiehlt dem Rat,

- 1. in Anwendung von Artikel II des Protokolls Nr. III des geänderten Brüsseler Vertrages die Absätze IV und VI in der Liste der Anlage III zu diesem Protokoll zu streichen;
- 2. der Versammlung alsbald das Ergebnis seiner Prüfung der technischen, militärischen und politischen Aspekte einer Änderung der Liste in Anlage IV des Protokolls Nr. III, gemäß Artikel V des Protokolls Nr. III des geänderten Brüsseler Vertrages, zu unterbreiten und die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die betreffende Liste bis auf atomare, biologische und chemische Waffen zu streichen;
- 3. das Amt für Rüstungskontrolle anzuweisen, ihre Studien über Rüstungskontrolle, Rüstungsüberprüfung und Waffenexporte in Zusammenarbeit mit der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde der Vereinigten Staaten zu erweitern, um

zum Wohle des Bündnisses in seiner Gesamtheit bestimmte Aufgaben zu übernehmen, die diese Behörde nicht mehr wahrnehmen kann;

- 4. den Ständigen Rüstungsausschuß anzuweisen, seine Studie über die europäische Rüstungsindustrie durch einen Überblick über den Sachstand der „Zweibahnstraße“ und eine Analyse der Faktoren, die zur Erhöhung des Anteils europäischen Rüstungsmaterials an den Streitkräften aller Bündnisländer beitragen können, zu erweitern;
- 5. das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses aufzufordern, im Rahmen seiner Möglichkeiten die Ausschüsse der Versammlung auf deren Ersuchen bei der Vorbereitung bestimmter Berichte zu unterstützen und diese Unterstützung auf das Sammeln der erforderlichen Informationen auszudehnen;
- 6. in künftige Jahresberichte folgendes aufzunehmen:
 - a) eine Erklärung über die Stärke der von den WEU-Ländern der NATO zur Verfügung gestellten Streitkräfte sowie der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten französischen Streitkräfte;
 - b) so umfassende Informationen über die Rüstungsproduktion und -beschaffung in den Mitgliedsländern, wie es in den Berichten des Jahres 1981 und früheren Jahren der Fall war;
 - c) soweit wie möglich die neuesten genehmigten Listen chemischer und biologischer Waffen, die der Kontrolle unterliegen.

Tagesordnungspunkt:

Die Rolle und der Beitrag der Streitkräfte im Falle von Natur- oder anderen Katastrophen in Friedenszeiten

(Drucksache 960)

Berichterstatter: Abg. Pecchioli (Italien)

Empfehlung 398

betr. die Rolle und den Beitrag der Streitkräfte im Falle von Natur- oder anderen Katastrophen in Friedenszeiten

Die Versammlung

- (i) hat die Ergebnisse der Informationsstudie zur Kenntnis genommen, die der Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen der WEU über die Rolle und den Beitrag der Streitkräfte im Falle von Natur- oder anderen Katastrophen in Friedenszeiten durchgeführt hat;
- (ii) ist sich bewußt, daß die grundlegende institutionelle Aufgabe der Streitkräfte darin besteht, die nationale Verteidigung und Sicherheit zu gewährleisten;

- (iii) anerkennt die leitende und koordinierende Rolle der Zivilbehörden bei der Schaffung von Forschungs- und Zivilschutzeinrichtungen, der Planung der Interventionsmittel und der Mobilisierung der lokalen Behörden und der verschiedenen Ämter für Zivilschutz, um den Opfern von Natur- oder anderen Katastrophen Hilfe und Unterstützung zu gewähren;
- (iv) unterstreicht den wesentlichen Beitrag, den die Streitkräfte in diesem Rahmen leisten müssen, indem sie während der Stunden unmittelbar nach einem Katastrophenfall erste Hilfe leisten;
- (v) unterstreicht den Wert, den die gegenseitige Unterstützung der Mitgliedsländer im Katastrophenfall und die Beteiligung an Hilfs- und Rettungsaktionen in betroffenen Drittländern auf internationaler Ebene und im Hinblick auf die Solidarität unter den Menschen haben;

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedsländer dringend aufzufordern:

1. der Rolle und dem Beitrag der Streitkräfte bei der Untersuchung und Planung der Zivilschutzmittel besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
2. zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern zu fördern durch:
 - a) Erfahrungs- und Informationsaustausch;
 - b) gegenseitige Einladungen zu und Teilnahme an periodisch stattfindenden nationalen und wenn möglich grenzüberschreitenden Zivilschutzübungen und
 - c) Abschluß von bi- oder multilateralen Abkommen über gegenseitige Hilfe und Unterstützung;
3. zusammen mit der NATO, in Zusammenarbeit mit den Hilfswerken der Vereinten Nationen, unter Nutzung solcher humanitärer Hilfsleistungen, wie sie die Europäische Gemeinschaft bereitstellt, und auf dem Weg über den Europarat einen Beitrag zu Rettungs- und Hilfsaktionen für Drittländer, die von einer Naturkatastrophe oder einem allgemeinen, durch menschliche Tätigkeit verursachten Unglück betroffen sind, zu leisten, indem sie die erforderlichen Strukturen und Mittel zur Verfügung stellen.

Tagesordnungspunkt:

Die Bewertung der Spitzentechnologie in Japan

(Drucksache 956)

Berichterstatter: Lord Northfield
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Das japanische Wirtschaftswunder — japanische Raumfahrtprogramme — industrielle

Technologie — Energieentwicklung — Meerestechnologie)

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter Lord Northfield für den Bericht und die Empfehlungen, die er uns gegeben hat und die für mich sehr eindrucksvoll sind, sehr herzlich danken. Er leitet damit unseren Blick auf die führende Industriemacht Ostasiens, auf deren großartige Erfolge in vielen Bereichen der modernen Technologie und auf die Erfolge der Wirtschaft, die zum großen Teil im scharfen Wettbewerb mit den Industrien unserer Länder erzielt wurden. Der Begriff von der **japanischen Herausforderung** ist zu einem festen Begriff in der wirtschafts- und handelspolitischen Diskussion unserer Tage geworden.

Er lenkt mit seinem Bericht unseren Blick aber auch auf die Verteidigungsprobleme dieser Industriemacht, auf die die sowjetischen SS-20-Raketen ebenso gerichtet sind wie auf Westeuropa. Dennoch werden in Japan nur 0,5 % des Bruttosozialprodukts für Verteidigungsausgaben aufgewandt. Zum Vergleich: In den USA sind es 5 %, in der Bundesrepublik Deutschland 3,4 %.

Das alles zwingt zur Zusammenarbeit bei der Lösung weltweiter Probleme. Die Grundvoraussetzung dafür aber ist das gegenseitige Kennenlernen. Meine Damen und Herren, dazu fehlt noch unendlich viel. Ich nenne ein Beispiel aus meinem Heimatland Deutschland. Während sich 30 000 japanische Studenten dem Studium der Germanistik zuwenden, sind es in Deutschland nicht einmal 200 Studenten, die sich als Deutsche mit Japan im Studium beschäftigen. In anderen europäischen Ländern wird es nicht anders sein.

Wir werden bei diesem Versuch, Japan kennenzulernen, eine Reihe wesentlicher Unterschiede zu unseren Lebensverhältnissen feststellen. Ich möchte sie in fünf Feldern kurz beschreiben.

Erstens nenne ich die Rolle des Staates in der Wirtschaft und für die Wirtschaft, also das Verhältnis von Regierung und Industrie, die in Japan wesentlich enger zusammenarbeiten und sich stärker auf ein gemeinsames Ziel hin orientieren als bei uns. Das hat in erster Linie historische Gründe. In Westeuropa wurden Staat und Gesellschaft von der Industrialisierung überrascht. Erst nach und nach wurden die soziale Frage erkannt und dann die Gegenkräfte gegen die Ausuferung der Industrialisierung entfaltet. Der Staat hat hier mehr die Rolle des Aufsehers. Er hat sich nicht bei der Schaffung, sondern mehr bei der Zähmung der Folgen der Industrialisierung betätigt.

Anders in Japan: Als Japan 1850 die Weltbühne, für sich selbst überraschend, betrat, mußte die Regierung die Dinge in die Hand nehmen und die wirtschaftlichen Grundlagen schaffen. Der Staat hat es also dort von Anfang an als seine Rolle angesehen, die Industrie zu entwickeln, zu fördern und sie weitblickend zum nationalen Wohl zu steuern, gewissermaßen als Überlebensbedingung für die Nation. Der Staat ist also nicht nur Aufpasser über die Wirt-

schaft, sondern er treibt sie auch aktiv zum Handeln an. Der wirtschaftliche Erfolg gilt als ein gemeinsames nationales Ziel, das gemeinsame Anstrengungen verlangt.

Trotz dieser größeren Bedeutung des Staates ist die japanische Wirtschaft im Kern aber eine Marktwirtschaft. Der japanische Staat hat weniger Aufgaben an sich gezogen, als das in vielen europäischen Industriestaaten der Fall ist.

Das zweite Feld, das ich kurz betrachten möchte, ist die **konsequente Ausrichtung der industriellen Struktur Japans auf die Zukunft**. Das Gerede von „no future“, das die europäische gesellschaftliche Diskussion in vielen Teilen beherrscht, gibt es in Japan nicht. Dies ist eine gewaltige Leistung des Ministry of International Trade and Industry, des MITI, das aus dem Rüstungsministerium Japans hervorgegangen ist. Die Sicherheit, ja die Gewißheit, die Zukunft bewältigen zu können, ist ein gewaltiges Antriebsmoment für die Japaner.

Aus dieser inneren Einstellung heraus sagen sie auch — das ist das dritte Feld — ja zur Technik, die für sie nicht als Feind, sondern als Freund des Menschen bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme gilt. Hieraus erwächst die selbstverständliche Bereitschaft zum Umgang mit der Technik; auch das ein Unterschied zu manchen Entwicklungen in Europa.

Aus alldem folgt — das ist das vierte Feld — die Aufmerksamkeit, die der **Rolle des Menschen in der Wirtschaft Japans** zugewandt wird. Lifetime employment, die Firma als Lebensmittelpunkt und die mindere Bedeutung der Freizeit im Leben des Menschen sollten für uns wichtige Erkenntnisfelder sein.

Schließlich das fünfte Feld: die weltweit operierenden Konzerne mit ihrer Fähigkeit, geballte Finanzkraft mobilisieren zu können.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich plädiere nicht für die Übernahme dieser Organisationsformen und Methoden auf Westeuropa. Ich meine aber, wir müssen sie kennen, um sie begreifen, um uns darauf einstellen und mit ihnen umgehen zu können. So wie die japanischen Kundschafter in früheren Jahrzehnten in unsere Länder kamen, unsere Länder studierten und das, was sie bei uns sahen, nicht kritiklos hinnahmen, sondern auf die besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse und japanische Mentalität übertrugen, müssen wir uns heute mit Japan beschäftigen. Dabei wissen wir, daß Friede und Sicherheit heute in der Welt unteilbar sind. Die **Erklärung von Williamsburg vom 29. Mai 1983**, in der sich Japan erfreulicherweise in die Linie der westlichen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungs politik eingereiht hat, halte ich für eine Grundsatzerklärung über die gemeinsame Zusammenarbeit in der Zukunft.

Die Bedrohung durch die sowjetische SS 20, in deren Reichweite Japan, China, Südostasien und Indien liegen, ist ein Grund für diese Erklärung, aus der ich zwei Sätze zitieren möchte:

Die Sicherheit unserer Länder ist unteilbar und muß global gesehen werden. Jeder Versuch, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung unserer Länder zu verhindern, wird scheitern.

Meine Damen und Herren, die Rechnung der Sowjetunion ist nicht aufgegangen. Bundeskanzler Kohl, der Anfang November, also vor wenigen Wochen, Japan besuchte, konnte dort feststellen:

„Wir sind nicht raketensüchtig. Aber wir sind nicht bereit, einen Sicherheitsanspruch der Sowjetunion zu akzeptieren, der dazu führt, daß Westeuropa und Japan zu einer Zone minderer Sicherheit werden.“

Die Abrüstungsverhandlungen dürfen nicht zu Lasten unserer japanischen Freunde und unserer übrigen Freunde in Ostasien gehen.“

Es ist von unschätzbarem Wert für die Freiheit, für den Frieden und die Sicherheit, daß die Japaner dieselben Grundlinien der Politik verfolgen, die auch für uns in unseren Sicherheitsbestrebungen verbindlich ist, nämlich die Parallelität von Verständigungsbereitschaft und Verteidigungsbereitschaft.

Unumstritten versteht sich Japan als Teil der freien Welt und trägt als solcher weltpolitische Verantwortung. Die Besetzung Afghanistans, die Stationierung der SS 20 und auch die Ereignisse im Iran haben zweifellos dazu geführt, daß auch Japan Sicherheitsfragen heute schärfer sieht und schärfer erkennt, als das in vergangenen Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Wir müssen, meine Damen und Herren, in globaler Verantwortung aufeinander zugehen: Westeuropa und Japan. Der Bericht von Lord Northfield zeigt Ansatzpunkte dazu. Ich möchte mich noch einmal für diesen Bericht herzlich bedanken.

Lenzer (CDU/CSU): Ich darf zunächst das Kompliment an den Berichterstatter, Lord Northfield, zurückgeben und ihm für seine ausgezeichnete Arbeit danken.

Ich möchte ferner allen Kollegen des Ausschusses danken, die in dieser Delegation mitgefahren sind. Es war ein Vergnügen, als Delegationsleiter dort die Diskussionen zu führen und Kontakte zu knüpfen.

Ich möchte weiter den japanischen Gastgebern danken, die uns — vielleicht entgegen sonstiger Gewohnheit — bereitwilligst Auskunft gegeben haben. Auch das mag ein Kompliment für den Berichterstatter und seine subtile Kenntnis der handelnden Personen dort sein, mit denen wir Kontakt hatten.

Schließlich auch ein Dank an das Ausschußsekretariat, an den Ausschußsekretär, Herrn Huigens, für die ausgezeichnete vorbereitende Arbeit.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir uns mit dem wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt in den letzten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen. Wir haben über die technologische Lücke hauptsächlich in bezug auf den Wett-

bewerb mit den Vereinigten Staaten diskutiert. Wir haben dann über die amerikanische Herausforderung gesprochen und schließlich über die japanische Herausforderung, über das japanische Wunder. Auch hier herzlichen Dank denjenigen Kollegen, die sich heute beteiligt haben.

Wenn man sich dieses „Wunder“ einmal genauer ansieht, stellt man fest, daß es menschliche Erklärungen und menschliche Hintergründe hat. Wir müssen eigentlich die Frage stellen: Wie lernen wir Japan besser kennen, damit uns der Hintergrund dieses **japanischen Wunders**, dieses japanischen Aufschwungs, des japanischen Erfolgs in der Wissenschaft und im technologischen Fortschritt deutlicher wird?

Ich möchte behaupten, in Europa ist die Grundlagenforschung ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen. Ich möchte weiter feststellen: Die europäischen Staaten geben mindestens ebensoviel, ja, sogar wesentlich mehr Geld für Forschung und technologische Entwicklung aus als Japan. Last but not least — und darauf kommt es besonders an —: In Europa sind wesentlich mehr Menschen in Forschung und technologischer Entwicklung tätig.

Wir haben spektakuläre Erfolge erzielt. Wir haben manche technologische Lücke geschlossen. Ich denke an die friedliche Nutzung der Kernenergie, wo — und das sage ich gerade für mein Land, wo es nach dem Kriege lange Zeit verboten war, sich dort zu betätigen — heute wirklich ein „break-even“ mit den modernsten amerikanischen Entwicklungen erreicht werden konnte. Dadurch, daß das europäische Spacelab mit einem deutschen Astronauten, Herrn Dr. Merbold, einem Physiker aus Stuttgart, in eine Umlaufbahn um die Erde gebracht werden konnte, ist uns, der ESA und den Europäern, ein spektakulärer Erfolg beschieden, nämlich der Eintritt in die bemannte Raumfahrt. Wir können es also, wenn wir einige Voraussetzungen bedenken.

Das Geheimnis des japanischen Erfolges, wenn es überhaupt eines ist, liegt darin, daß es in Japan unter der **Führung des MITI**, des Ministeriums für Handel und Industrie, besser möglich ist, die Kooperation zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft in die adäquate organisatorische Form zu bringen, die alle Kräfte freisetzt und letztlich doch wieder ganz zielgerichtet auf einen Punkt konzentriert.

Letztlich gehört dazu natürlich auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen nicht vergessen, daß die Produktionsbedingungen in Japan durch günstigere Positionen bei den Lohnkosten und viel mehr noch bei den Lohnnebenkosten im Vergleich zu Europa bestimmt sind, was natürlich einen gewissen Wettbewerbsvorteil auch bei der modernen technologischen Entwicklung bedeutet.

Schließlich noch eine kurze Bemerkung zu einem, wie ich glaube, wesentlichen Punkt. Man spricht in Europa so oft von der Technikfeindlichkeit, gerade unter jungen Menschen. Ich möchte behaupten, es gibt keine grundsätzliche Technikfeindlichkeit un-

ter der Jugend in Europa. Man braucht sich nur einmal anzusehen, mit welcher Begeisterung sich junge Menschen heute mit der gesamten Computertechnik, mit den Home-Computern, mit der Videotechnik, mit den elektronischen Spielen beschäftigen. Die begreifen das alle viel schneller als wir; zum Teil werden sie mit diesen Dingen groß. Wenn wir in vielleicht zwei oder drei Jahren den Bildschirmtext haben werden, dann werden unsere Söhne und Töchter viel leichter an den für uns manchmal noch als „black boxes“ anzusehenden Geräten spielen, weil sie von Anfang an die Scheu davor überwunden haben.

Wir müssen als Politiker dazu beitragen, daß **Technik als Chance** und nicht als Fluch begriffen wird, daß Technik eine Chance zur Lösung der Probleme des Menschen ist. Ich denke an das Informations- und Kommunikationssystem, das manche Menschen aus der Vereinsamung herausführen kann. Ich glaube, wenn wir das begreifen, ist schon viel gewonnen. Dann brauchen wir uns vor der japanischen Herausforderung, die uns nicht resignieren lassen soll, sondern die uns anspornen soll, nicht zu fürchten. — Herzlichen Dank.

Empfehlung 399

betr. die Bewertung der Spitzentechnologie in Japan

Die Versammlung

- (i) ist sich bewußt, daß das japanische Verteidigungspotential insofern begrenzt ist, als die japanische Verfassung in Artikel 9 den Einsatz der Streitkräfte auf Verteidigungszwecke beschränkt;
- (ii) ist sich bewußt, daß der Einfluß Japans als Industriemacht wächst und daß Japan auf den Gebieten der Mikrotechnologie, der Erforschung des Weltraums und der Ozeane sowie auf dem Energiesektor erfolgreich tätig ist;
- (iii) stellt fest, daß die Verteidigungsausgaben etwa 5% des japanischen Gesamthaushalts ausmachen und daß die Pro-Kopf-Verteidigungsausgaben in Japan bei weitem die niedrigsten in der freien Welt sind;
- (iv) ist ferner der Auffassung, daß die japanische Forschung und Entwicklung im Bereich der Technologie zwar nicht auf militärische Ziele, neue Waffensysteme oder den möglichen Export von Rüstungsgütern ausgerichtet ist, daß es aber aufgrund der Entwicklungen in der Elektronik zunehmend schwieriger wird, zwischen ziviler und militärischer Spitzentechnologie zu unterscheiden;
- (v) ist sich bewußt, daß zwischen Japan und der EG, der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), der OECD sowie verschiedenen Mitgliedstaaten der WEU und einzelnen Industrie-

unternehmen in diesen Ländern und den Vereinigten Staaten Projekte über eine Zusammenarbeit im Bereich der Spitzentechnologie bestehen, und ist sich bewußt, daß die Beschlüsse der Gipfeltreffen von Versailles und Williamsburg neue Impulse in bezug auf mögliche Bereiche der Zusammenarbeit geliefert haben;

- (vi) stellt fest, daß die Mitgliedstaaten der WEU und Japan ähnliche Probleme haben und diese auf ähnliche Weise zu lösen versuchen;
- (vii) ist davon überzeugt, daß für die Probleme auf den Gebieten der Wissenschaft, Technologie und Luft- und Raumfahrt gemeinsame Lösungsmöglichkeiten gefunden werden müssen;

empfiehlt dem Rat,

1. den Ständigen Rüstungsausschuß zu beauftragen, die Fortschritte Japans im Bereich der militärischen Spitzentechnologie oder derjenigen Technologien, die militärische Anwendungsmöglichkeiten bieten, einschließlich der Perspektiven für die Zukunft zu untersuchen und die Schlußfolgerungen dieser Untersuchung der Versammlung vorzulegen;
2. das gesamte Spektrum der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Japan zu prüfen, mit dem Ziel, in verstärktem Maße die Durchführung gemeinsamer Projekte auf bi- oder multilateraler Ebene zu fördern;
3. insbesondere die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem japanischen Institut für die Technologie neuer Computergenerationen (ICOT) im Hinblick auf das Projekt der Entwicklung einer fünften Computergeneration zu prüfen;
4. die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Herstellung militärischer und ziviler Flugzeuge zu prüfen;
5. zusammen mit den zuständigen Behörden in den EG-Mitgliedsländern zu prüfen, welche Möglichkeiten es derzeit für Wissenschaftler, Führungskräfte, Regierungsbeamte und andere gibt, sich mit der japanischen Kultur, Techniken der Unternehmensführung und der wissenschaftlichen Entwicklung in Form von Seminaren und Studienaufenthalten in Japan vertraut zu machen;
6. im Hinblick auf die Entwicklung einer praktischen Zusammenarbeit im Bereich der Raumfahrt und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Japan neuerdings einen ständigen Vertreter für Weltraumfragen mit Sitz in Paris ernannt hat, die Ernennung eines ständigen Vertreters der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) in Japan vorzuschlagen, wodurch die ESA in die Lage versetzt wird, ständige Konsultationen über Projekte der Zusammenarbeit zu führen.

Mittwoch, 30. November 1983

Tagesordnungspunkt:

Die Harmonisierung der Forschung auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Spitzentechnologie

(Drucksache 963)

Berichterstatter: Abg. Bassinet (Frankreich)

(Themen: Neue Technologie und Verteidigungskosten — Eurogroup und IEPG — gemeinsame Projekte — eine mögliche Rolle für die WEU)

Lenzer (CDU/CSU): Ich möchte zunächst dem Kollegen Bassinet sehr herzlich für die viele Mühe danken, der er sich bei der Abfassung dieses Berichts unterzogen hat. Mein Dank erstreckt sich natürlich auch auf Herrn Huigens für seine Unterstützung.

Es ist richtig, die Abfassung dieses Berichts ist im Laufe der Verhandlungen mit gewissen Schwierigkeiten behaftet gewesen. Der Berichterstatter hat gewechselt. Um so dankbarer bin ich Herrn Bassinet, daß er es unternommen hat, praktisch in die laufenden Beratungen einzusteigen. Darauf ist vielleicht auch manches zurückzuführen, was gegen Ende der Beratungen an Hektik bei der Diskussion dieses Berichts aufgekommen ist. Ich glaube aber, daß es trotzdem gelungen ist, nicht zuletzt durch das Engagement von Herrn Bassinet, eine sehr umfassenden und doch in der Aussage klaren und auf das Ziel gerichteten Bericht vorzulegen.

Selbstverständlich wollen wir in Zukunft — ich bin ja noch nicht lange Vorsitzender dieses Ausschusses; auch ich muß mich mit der Situation, die ich vorgefunden habe, wie alle anderen Kollegen abfinden — darauf Bedacht nehmen, daß jeder Kollege, auch wenn er einmal persönliche Terminschwierigkeiten hat, in der Lage ist, seinen Beitrag zu leisten. Ich glaube aber, es wird sich auch in der Abstimmung nachher zeigen, daß wir durchaus im Konsens heute eine Entscheidung fällen können.

Die Aufgabe, vor der wir stehen — und das ist auch der Hintergrund dieses Berichts —, ist ganz einfach die Beantwortung der Frage, wie in der Zukunft die Mittel für die Verteidigung durch eine bessere Kooperation rationeller eingesetzt werden können. Wir haben, wie wir wissen, in allen unseren Mitgliedsländern andere große Probleme zu lösen. Ich denke an die Probleme des Arbeitsmarkts, ich denke an die unterschiedlichsten Konjunkturprobleme, an die Probleme der Preisstabilität und nicht zuletzt auch an das Problem, wie in einer Zeit schwieriger Verteilungskämpfe auch unsere soziale Sicherung finanziert werden kann. Bei all diesen hochpolitischen und brisanten Themen noch eine Nische für die **Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich** zu finden, die ja fast ausschließlich eine staatliche Aufgabe ist und von staatlichen Mitteln leben muß, das ist der Hintergrund für diesen Bericht. Deswegen auch die

ganz klare Aussage, daß auch wir Europäer bestimmte Schlüsseltechnologien wie etwa die Mikroelektronik, die heute bei allen modernen Waffensystemen als Basistechnologie eine entscheidende Rolle spielt, oder die Sensortechnik verfügbar haben müssen, wenn wir im internationalen Wettbewerb auch in der Verteidigungsindustrie bestehen wollen.

Ich darf daran erinnern, daß in den Vereinigten Staaten von den großen Verteidigungsprogrammen und auch von den Weltraumprogrammen der NASA, dem Apollo-Programm und dem Post-Apollo-Programm, entscheidende Impulse für die Möglichkeit der zivilen Nutzung von Spitzentechnologien ausgegangen sind.

Dieser Bericht soll einen Beitrag dazu leisten, in der Diskussion in Europa immer wieder auf den wunden Punkt hinzuweisen, daß die Kooperation in der Wissenschaft, in der Forschung und in der Entwicklung von Spitzentechnologien auch im Verteidigungssektor intensiviert werden muß.

In diesem Sinne darf ich mich nochmals bei allen Beteiligten für alle Diskussionsbeiträge herzlich bedanken und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir die Empfehlungen in großer Gemeinsamkeit und Geschlossenheit verabschieden können. — Herzlichen Dank.

Empfehlung 400

betr. die Harmonisierung der Forschung auf dem Gebiet der zivilen und militärischen Spitzentechnologie

Die Versammlung

- (i) stellt mit Genugtuung fest, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten der WEU erklärt haben, daß sie sich der Sicherheitsinteressen voll bewußt sind, die die Projekte der europäischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Spitzentechnologie, einschließlich Luft- und Raumfahrt und Mikroelektronik, bestimmen;
- (ii) vertritt die Auffassung, daß es darauf ankommt, die wichtigsten Bereiche der Technologie, die das gesamte für die Streitkräfte der Mitgliedsländer benötigte Material umfassen, zu beherrschen und daß es für den Ausbau der Forschung im Verteidigungsbereich erforderlich ist, die intellektuellen Fähigkeiten auf den verschiedenen Ebenen — bei Ingenieuren, Technikern und Arbeitern — durch fortgesetzte Weiterbildungsmaßnahmen zu entwickeln;
- (iii) vertritt die Ansicht, daß die Verteidigungsfähigkeit der europäischen Staaten durch die Beherrschung der Forschung und Entwicklung im Bereich der Verteidigung verstärkt würde, wenn die europäischen Staaten in finanzieller und technologischer Hinsicht uneingeschränkt zusammenarbeiten könnten;

- (iv) vertritt die Auffassung, daß wegen der steigenden Kosten, die den WEU-Ländern durch die Rüstungsprogramme entstehen, eine verstärkte und ausgewogene Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erforderlich ist, damit die Rüstungsindustrien der Mitgliedsländer durch eine möglichst gute Beherrschung der neuen Technologie einen umfassenden Beitrag zur Verteidigung leisten können;
- (v) vertritt die Auffassung, daß der Technologieaustausch zwischen den europäischen Staaten und die gemeinsame Herstellung von hochentwickeltem Gerät, das in Europa konzipiert wurde, bereits vielversprechend sind und daß weitere Fortschritte in dieser Richtung durch die vollständige Ausnutzung der neuen Technologien erzielt werden können;
- (vi) ist der Ansicht, daß der Technologieaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten ein Ungleichgewicht zugunsten der Vereinigten Staaten aufweist und zu einer spürbar ungleichen Beziehung innerhalb des Atlantischen Bündnisses führt;
- (vii) vertritt die Auffassung, daß es darauf ankommt, daß die Mitgliedsländer keine Verwirrung in bezug auf die neuen Technologien, Waffensysteme und Strategien entstehen lassen, sondern daß sie die neuen taktischen Konzepte beherrschen, wobei jede europäische Anstrengung im Bereich der neuen Technologien den tatsächlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Spitzentechnologie Rechnung tragen muß und zunächst einmal die Möglichkeiten ausschöpfen muß, die der Ständige Rüstungsausschuß im Hinblick auf eigenständige europäische Überlegungen bietet;

empfiehlt dem Rat,

1. den Ständigen Rüstungsausschuß zu beauftragen, für ihn eine Studie zu erarbeiten, die einen Überblick über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern im Bereich der für die Entwicklung zukünftiger Waffen relevanten Spitzentechnologien gibt und entsprechende Vorschläge enthält; diese Studie soll sich sowohl mit der Forschung als auch mit der praktischen Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Industrie befassen und u. a. einschließen:
 - eine Analyse der Entscheidungsmechanismen und der Finanzierungsmöglichkeiten durch die Haushalte der einzelnen Mitgliedsländer;
 - eine Analyse der zur Verfügung stehenden Mittel und der Möglichkeiten, diese Mittel optimal zur Erhaltung der Innovationsfähigkeiten und zur Sicherung wettbewerbsfähiger Herstellungskosten einzusetzen;
 - Vorschläge über die Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungspolitiken der Mitgliedsländer, um in Westeuropa die erforderliche industrielle Grundlage für die Herstel-

lung von Bauteilen zukünftiger Waffen zu schaffen;

2. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, die Kontaktaufnahme zwischen den verantwortlichen Stellen in den verschiedenen Industriezweigen anzuregen, mit dem Ziel, so bald wie möglich die Errichtung einer leistungsfähigen koordinierten europäischen Industrie im Bereich der militärischen Spitzentechnologie zu fördern und somit den Erfordernissen unserer Verteidigung zu entsprechen;
3. die Regierungen der Mitgliedsländer aufzufordern, im Fall der Beschaffung neuer Waffen diejenigen zu bevorzugen, die in bezug auf Entwicklung und Herstellung der Zusammenarbeit zwischen mehreren Mitgliedsländern entstammen.

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf 1984 für die Verwaltungsausgaben der Versammlung

(Drucksache 954)

Berichterstatter: Abg. Sir Dudley Smith
(Vereinigtes Königreich)

Tagesordnungspunkt:

Prüfungsbericht über die Verwaltungsausgaben der Versammlung 1982

(Drucksache 953)

Berichterstatter: Abg. Sir Dudley Smith
(Vereinigtes Königreich)

Tagesordnungspunkt:

Die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion

(Drucksache 958)

Berichterstatter: Abg. Atkinson
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Wirtschaftsbeziehungen und westliche Sicherheit — Entspannung und Ost-West-Handel — Technologietransfer — Energieversorgung — Finanzierung)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Herrn Berichterstatter sehr herzlich danken für den Bericht, den er über eine sehr schwierige Materie verfaßt hat. Ich möchte ihm insbesondere hinsichtlich Ziffer V der Präambel zustimmen. Ich teile die tiefe Betroffenheit und den Abscheu aller Mitglieder dieses Hauses über den Abschluß des nordkoreanischen Zivilflugzeuges, bei dem wehrlose Menschen getötet wurden, um militärische Kraft, um militärische Präsenz zu demonstrieren.

Ich bin auch der Auffassung, die der Berichterstatter in Absatz 1a der Empfehlung äußert, wonach keine Exporte fortgeschrittener Technologien, die zu Rüstungszwecken genutzt werden können, erfolgen sollen. Ich bin mit allem Nachdruck der Meinung, daß man die **COCOM-Liste** fortschreiben und modernisieren sollte, daß man ihre Einhaltung strikt überwachen muß. Daß das möglich ist, zeigen auch die von Herrn Atkinson eben erwähnten Vorfälle in norddeutschen Häfen und in Skandinavien.

Ich meine schließlich auch, daß der Berichterstatter mit Absatz 1b seiner Empfehlung recht hat, worin er darauf hinweist, daß die europäischen Staaten nicht in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten dürfen. Gerade diese Überlegung hat im Mittelpunkt der Beratungen des Deutschen Bundestages gestanden, bevor er dem **Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion** seine Zustimmung gegeben hat.

Es stimmt zwar, daß wir bei Durchführung dieses Vertrages 30% des in der Bundesrepublik verbrauchten Erdgases aus sowjetischen Quellen beziehen. Das ist gewiß nicht wenig. Aber diese 30% Erdgas machen lediglich 5% unserer gesamten Primärenergie aus. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß im Bereich unserer Gaswirtschaft mehr als 30% Gas auf der Grundlage solcher Verträge abgegeben wird, in denen eine Abschaltung vorgesehen ist, d. h. die Gasunternehmen sind berechtigt, die Gaslieferungen zu unterbrechen; die Kunden müssen dann auf andere Primärenergien ausweichen.

Nur unter diesen Voraussetzungen haben wir dem Geschäft zugestimmt. Wir sind der Auffassung, daß die deutsche Energieversorgung auch nach Durchführung dieses Vertrages absolut sicher ist. Der große Vorteil dieses Geschäfts besteht darin, daß unsere eigenen, bescheidenen Vorräte damit gestreckt und geschont werden.

Wenn ich trotz partieller Übereinstimmung dem Bericht nicht zustimmen kann, dann deshalb, weil er sich zu zwei Sachverhalten leider nicht äußert, die mir unentbehrlich erscheinen. Ich hätte einmal gewünscht, daß in dem Bericht generell etwas gesagt wird zur Rolle des internationalen Handels, zu den **Interdependenzen von Welthandel und Entspannung**. Ich bin sicher, daß der Handel zwischen den Völkern und den Staaten nicht nur zum besseren Kennenlernen beiträgt, sondern auch zum Abbau von Spannungen führen kann, oder umgekehrt formuliert: daß die Verweigerung von Handelsbeziehungen sehr leicht die Konfliktbereitschaft des einen oder anderen Staates erhöhen kann.

Das gilt auch für den Handel mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Dabei klammere ich — ich darf das noch einmal sagen — den Handel mit sensiblen Gütern aus, die der sowjetischen Militärtechnik helfen könnten. Es ist unstrittig, daß solche Exportgüter auf keinen Fall geliefert werden dürfen.

Es ist im übrigen auch nicht zu bestreiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß die Wirtschaftskraft

der Sowjetunion durch einen Handel mit unseren Staaten gestärkt, daß die Laufzeit mancher ihrer Projekte verkürzt und daß im einen oder anderen Fall die Schwerfälligkeit ihres Systems gemildert wird. Das kann bei einem Handel gar nicht anders sein; denn beim Handel haben stets beide Seiten des Geschäfts Vorteile. Sie erhalten etwas, was sie vorher nicht gehabt haben. Das ist auch beim Handel mit diktatorischen Staaten nicht anders.

Wer das nicht will, der kann nur jeden Handel mit den Staaten des Warschauer Paktes unterbinden. Ich bin davon überzeugt, daß er damit allerdings auch die Konfliktbereitschaft des Ostblocks erhöhen und die Gefahr für den Frieden vergrößern würde.

Das zweite, was ich in dem Bericht vermissem, ist eine klare **Absage an Boykott und Embargo**. Wer glaubt, die Sowjetunion mit Boykott und Verweigerung jeden Handels zum Nachgeben oder gar in die Knie zwingen zu können, der irrt, der unterschätzt zum einen die Leidensfähigkeit des russischen Menschen und zum anderen die Wirksamkeit der Propaganda in einem diktatorischen Staat. Schließlich macht er sich in gefährlicher Weise Illusionen über die Durchsetzbarkeit von Boykottmaßnahmen.

Wenn jemand versuchen sollte, die Sowjetunion in einem Wirtschaftskrieg zu besiegen, so wird er erleben — davon bin ich überzeugt —, daß die Russen ihrer Führung im Kreml folgen, wenn diese Führung ihnen klarmacht und ihnen mit ihrer Propaganda Tag für Tag und Nacht für Nacht einhämmert, daß man den Gürtel enger schnallen müsse, um nicht vom Westen besiegt zu werden. Meine Damen und Herren, wie die Russen leiden können, hat die Welt etwa bei der Belagerung von Leningrad vor gut 40 Jahren erlebt, als sie in militärisch hoffnungsloser Lage dem Druck der Deutschen und der Finnen widerstanden haben.

Wer glaubt, mit Boykott und Embargo politische Erfolge erzielen zu können, der sollte sich einmal in der Geschichte nach den Erfolgen solcher Maßnahmen umsehen. Es gibt nur einen Fall, in dem behauptet wird, daß wirtschaftliche Sanktionen Erfolg gehabt hätten. Dieser Erfolg aber liegt Jahrhunderte zurück. 1261 verhängte Papst Urban IV. Ein- und Ausfuhrverbote gegen die Städte Siena und Florenz, um damit zugunsten von Anjou und gegen die Hohenstaufen Partei zu nehmen. Es ist überliefert, dieses Embargo habe Erfolg gehabt.

Im übrigen aber schlugen alle Wirtschaftsembargos fehl. Die berühmte Kontinentalsperre Napoleons verbot, mit England zu handeln oder mit britischen Waren Handel zu treiben. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Niederlanden und in Deutschland wurde überall englisches Eigentum beschlagnahmt. In keinem europäischen Land durfte ein Schiff entladen werden, das zuvor einen britischen Hafen angelaufen hatte. Meine Damen und Herren, Sie alle kennen das Ergebnis dieser Blockade: Trotz drakonischer Strafen und trotz strenger Kontrollen wurden die Sperren durch kühne Schiffer und Schmuggler, aber auch durch die Bestechung so

mancher Hafenbehörde durchbrochen. Im übrigen hat die Kontinentalsperre zur Annäherung Englands an Preußen, Österreich und Rußland sowie zu einem gewissen Wohlstand in unseren Küstengebieten geführt.

1832 — ein anderer Fall — versuchten das Vereinigte Königreich und Frankreich die belgische Revolution durch eine Handelsperre abzuwürgen. Sie wurde im nächsten Jahr aufgehoben, hatte also keinen Erfolg. Sonst hätten wir heute — was ich sehr bedauern würde — keine belgischen Kollegen unter uns.

1887 verbot Bismark der Deutschen Reichsbank, russische Papiere zu beleihen. Es kam zu einem starken Kurssturz russischer Papiere in Berlin. Sie flossen in Massen nach Amsterdam und Paris. Der französische Markt behielt Zutrauen zu russischen Krediten, und es begann die russisch-französische Anleihepolitik mit zahlreichen politischen Implikationen, die wir alle kennen.

1917 beschlossen die Alliierten gegen das zusammengebrochene Rußland ein vollständiges Handels- und Finanzembargo. Es wurde 1921 aufgehoben. Den Erfolg der Oktober-Revolution hatte es nicht verhindern können.

1935 beschloß der Völkerbund einen vollständigen Abbruch des Handels und der Finanztransaktionen mit Italien wegen seiner Invasion in Äthiopien. Das Embargo wurde insbesondere durch Deutschland unterlaufen, das damals schon nicht mehr Mitglied des Völkerbundes war. Es konnte im übrigen Italien nicht von seiner Politik abbringen. Es führte aber zu jener Achse Berlin-Rom, unter der Europa und die Welt so viel haben leiden müssen.

1960 beschlossen die USA ein Embargo gegen Kuba, 1963 die Vereinten Nationen ein Verbot von Waffenlieferungen an Südafrika, 1965 einen Boykott gegen das heutige Simbabwe — alle waren erfolglos. 1962 stellte die Bundesrepublik die Lieferung von Großröhren an die Sowjetunion ein, und zwar auf Wunsch der USA. An die Stelle der deutschen Lieferungen traten die Lieferungen aus einigen unserer Nachbarstaaten. Außerdem baute die Sowjetunion eine eigene Röhrenproduktion auf, die heute zu den größten der Welt gehört.

1980 kam das Iran-Embargo. Alle Ausfuhren — mit Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten — nach Iran wurden untersagt. Offiziell besteht dieses Embargo auch heute noch. Es hat weder die Errichtung einer Islamischen Republik noch irgendeine der scheußlichen Grausamkeiten jenes Systems oder den Ausbruch des Krieges gegen den Irak verhindern können. Was schließlich Afghanistan angeht, so teile ich voll und ganz die Auffassung des Herrn Berichterstatters. Ich habe nicht den Eindruck, daß wir in dieser Hinsicht irgendeinen Erfolg gehabt haben.

Herr Präsident, ich meine, wenn man über den Handel mit der Sowjetunion berichtet, so muß man auch etwas über die Erfolglosigkeit von Handelsverboten und Handelsbeschränkungen sagen, weil

solche Maßnahmen immer wieder ins Gespräch gebracht werden, wenn es um den Handel mit dem Osten geht. Es ist ein Irrtum, zu glauben, die Sowjetunion und ihre Verbündeten mit solchen Maßnahmen zu einem Tun oder Unterlassen zwingen zu können. Wir sollten uns als Realpolitiker ehrlich eingestehen, daß solche Boykott- oder Embargomaßnahmen nicht Bestandteil unserer Auseinandersetzung mit den Diktaturen des Ostens sein können, weil sie wirkungslos sind. Die Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem müssen wir auf anderen Feldern führen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Es würde mich als Historiker natürlich reizen, jetzt einiges zu den Vorlesungen des Kollegen Ahrens zu sagen. Ich könnte z. B. darauf hinweisen, daß es sich für die deutschen Käufer russischer Papiere als sehr klug herausgestellt hat, daß sie sie nach Frankreich verkauft haben; denn die französischen Sparer haben nach 1917 nichts mehr dafür bekommen. Auch das ist etwas, was man aus der Geschichte lernen kann. Insofern, lieber Kollege Ahrens, hat Bismarck im nachhinein doch recht behalten.

Was mir an Ihren Ausführungen aufgefallen ist, ist, daß Sie die spezielle russische Erfindung des Potemkinschen Dorfs in diesen Saal verlegt haben. Denn im Bericht steht nichts von **Boykottforderungen**; da steht nichts darüber drin, daß nicht zwischen Ost und West gehandelt werden sollte. Das scheint mir ein ganz entscheidender Punkt zu sein.

Sie wollten, wenn ich es richtig verstanden habe, nur, daß hineingeschrieben wird, daß für alle Zeiten die Möglichkeit eines Boykotts ausgeschlossen wird. Genau da sind wir allerdings anderer Meinung. Ich bin der Meinung, daß man nicht Festlegungen über Jahrzehnte hinaus treffen kann.

Wir sind uns in einer anderen Frage wieder einig, lieber Kollege Ahrens, nämlich darin, daß Handel getrieben werden soll. Es wird ja auch Handel getrieben. Da könnte ich wieder in die Geschichte zurückgreifen. Die deutschen Panzer, die 1941 die Sowjetunion überfallen haben, wurden mit dem Öl angetrieben, das noch acht Tage vorher von der Sowjetunion an das „Dritte Reich“ geliefert worden war. Handelsbeziehungen hat es also immer gegeben.

Das Thema, das hier im Bericht angeschnitten ist, ist die Frage, ob in diesem Handel dem Handelspartner auf der anderen Seite einseitige Vorteile zugute kommen sollten, die wir anderen nicht gewähren, wenn wir mal von Entwicklungsländern und Entwicklungshilfe absehen. Ich glaube, wir sind uns doch einig, daß wir der Sowjetunion und den Satellitenstaaten, die eine maßlose Aufrüstung betreiben, nicht noch Entwicklungsgelder, Subventionen gewähren sollten. Dieses Geld sollten wir wirklich der Dritten Welt zur Verfügung stellen.

Liebe Freunde, wenn wir die Frage der **Kredite** betrachten, die nicht nur **an die Sowjetunion**, sondern

auch **an die übrigen Ostblockstaaten** gegeben werden, müssen wir zunächst einmal fragen: Sind es private Kredite, sind es staatliche Kredite, sind es staatlich verbürgte oder sind es staatlich subventionierte Kredite? Private Kredite sind heute keine Frage mehr. Ich glaube, ich finde keinen Bankier mehr in der westlichen Welt, der ohne irgendeine Rückversicherung noch einen Kredit beispielsweise an Polen gibt. Bleiben also nur Kredite, die staatlich subventioniert oder staatlich garantiert sind. Da ist der Westen in der großen Gefahr — das sieht man an dem Beispiel Polen, und vor allem mein Land, die Bundesrepublik, ist davon betroffen —, daß wir uns als Gläubiger in eine Abhängigkeit vom Schuldner begeben mit dem Argument, daß wir nur dann noch die Chance haben, überhaupt Geld zurückzubekommen, wenn wir dem Geld noch etwas nachwerfen, weil wir dann vielleicht in fünf oder zehn Jahren im Rahmen von Umschuldungen einen Teil zurückbekommen.

Hier muß man auch etwas zum Problem der Zusammenarbeit sagen. Lieber Kollege Ahrens, Sie wissen ganz genau: In der Zeit, als Ihre Partei an der Regierung war, wurden gemeinsame Projekte z. B. mit Polen ausgehandelt, die von der Bundesrepublik subventioniert bzw. finanziert werden sollten. Ich will sie hier nicht im Detail aufzählen; Sie kennen sie, ich kenne sie. Ich nehme an, das waren über 2 Mrd. DM. Wir wissen, daß fast nichts zustande gekommen ist, daß das Geld nicht für gemeinsame Kupferproduktion aufgewendet wurde, wie es geplant war, sondern irgendwo im Schlamm der polnischen Agrarlandschaft verschwand. Da gibt es sogar Prozesse in Polen gegen frühere Ministerpräsidenten und Funktionäre, die danach gefragt worden sind, wo dieses Geld hingekommen ist.

Hier komme ich zu einem Punkt, der auch die Sowjetunion betrifft. Im Westen wurde immer von der Regenschirmtheorie gesprochen. Sie besagt, bei allem, was wir an andere Länder drüben geben, werde die Sowjetunion, die nicht so verschuldet ist und die auch fähig ist, etwas zu verkaufen, nämlich Rohstoffe, Energie, Gold, Diamanten usw., einen Regenschirm über den Ländern aufspannen, die nicht mehr zahlungsfähig sind. Es hat sich leider herausgestellt, daß diese Regenschirmtheorie nicht richtig ist.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einen Punkt zum Handel sagen. Wenn es ein normaler Handel wäre, könnte ich ihn nur begrüßen. Aber leider sind die Handelsbeziehungen zwischen dem Ostblock und Europa auf das Stadium der Zeit vor dem alten Römischen Reich zurückgefallen. Man macht Geschäfte etwa nach dem Prinzip: Perlen gegen Schießpulver, wie das auch in der Zeit der Kolonialherrschaft war, als man mit billigen Tauschprodukten handelte. Wir sind doch auf die Primitivität des Tauschgeschäfts zurückgekommen. Deutsche Firmen, die Maschinen verkaufen wollen, müssen sehen, wie sie hunderttausend Strumpfhosen irgendwo auf dem Markt absetzen, weil das das einzige Angebot ist, das von Polen oder von Ungarn oder von sonstwo gemacht wird.

Wir müssen noch etwas sehen, was mich immer bei denen wundert, die sich besonders der Arbeiterklasse verpflichtet fühlen. Ein großer Teil dieses Tauschhandels wird vom Ostblock nur durch immense Ausbeutung der Arbeitnehmer in diesen Ländern ermöglicht. Ich habe in meinem eigenen Wahlkreis einen Betrieb der Textilindustrie, der seine Vorprodukte vorher in Hongkong, in Südkorea und in Singapur hat herstellen lassen. Das hat er jetzt eingestellt; die produzieren zu teuer. Aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn wird das jetzt geliefert zu Preisen, die unvorstellbar sind und die nur dadurch zustande kommen können, daß die Arbeiter, das Proletariat, wenn ich es so formulieren darf, in diesen Ländern ausgebeutet werden. Ihnen ist auch jedes Produkt, das sie im Grunde genommen selber brauchen könnten, recht, um im Tausch dagegen hohe Technologie aus den westlichen Staaten zu beziehen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas sagen, damit kein Mißverständnis entsteht. Ich bin für Handel, aber ich bin für Handel unter fairen Bedingungen. Der Kollege Atkinson hat vorhin den Satz von Lenin zitiert, daß die Kapitalisten an die Kommunisten auch noch den Strick verkaufen, mit dem sie aufgehängt werden. Wir sollten den Leuten in Moskau nicht auch noch einen Kredit geben, damit sie den Strick kaufen können. Deswegen: Handel ja, aber Handel zu fairen Bedingungen, keine einseitige Subventionierung, keine einseitige Unterstützung. Ich appelliere an uns alle, uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, uns nicht austricksen zu lassen, wie das immer passiert ist, wenn gesagt worden ist: Wenn ihr nicht liefert, gehen wir zu den anderen, die geben dann schon einen Staatskredit, zur Sicherung von Arbeitsplätzen oder aus welchen Gründen auch immer. So hat man den einen gegen den anderen ausgespielt. Hier sollten wir an einem Strang ziehen. Handel ja, aber zu gleichen Bedingungen. Dann, lieber Kollege Ahrens, könnten wir uns wieder einig sein.

Dr. Unland (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Engländer gelten als Erfinder des Fairplay. Weil unserem Kollegen Atkinson heute mancherlei Dinge unterstellt worden sind, die nach meiner Meinung nicht zutreffend sind, möchte ich ihn unter Anwendung der Grundsätze dieses Fairplay gegen Unterstellungen in Schutz nehmen. Ich glaube, viele Kollegen haben hier Pappkameraden aufgebaut und Dinge in seinen Bericht hinein-gelesen, die darin gar nicht stehen.

Ich möchte alle auf die entscheidende Ziffer 174 des Berichts von Herrn Atkinson hinweisen, in der es heißt, daß die freie Entfaltung des internationalen Handels ein Faktor des Friedens und der Prosperität sei. Ich glaube, das ist eine ganz zentrale Aussage, die wir nicht mit irgendwelchen Unterstellungen beiseite schieben sollten.

So interessant es wäre, etwas über Kompensationsgeschäfte und Naturaltausch zu sagen — eine Entwicklung im Osthandel, die uns in die Zeit vor dem Jahre 1000 zurückgeführt hat —, so will ich mich doch wegen der begrenzten Redezeit auf einige

kurze Bemerkungen beschränken. Auch wenn sich dieser Bericht nur auf den **Handel mit der Sowjetunion** bezieht, so ist doch de facto der gesamte **Osthandel** angesprochen. Man muß alle RGH-Länder zusammen sehen, wenn man diese Problematik richtig beurteilen will.

Ordnungspolitisch — das ist heute zuwenig angelungen — müssen wir wohl sagen, daß wir diesen Handel mit anderen Maßstäben messen müssen als den Handel zwischen den freien westlichen Ländern. Hier ist auf der einen Seite eben nicht ein freies Land, das mit einem anderen freien Land in Konkurrenz steht, sondern hier konkurrieren zwei unterschiedliche Systeme. Und wenn Sie es — wie soll ich sagen? — von der Lieferantenseite her sehen: Auf der Seite der freiheitlichen Länder konkurrieren in der Regel freie Unternehmer, die mit Kopf und Kragen für die Richtigkeit ihrer Geschäftspolitik eintreten. Auf der anderen Seite gibt es Wirtschaftsfunktionäre, die im Grunde nicht für das haften müssen, was sie richtig oder auch falsch tun. Deswegen, glaube ich, kann man diese Dinge nicht mit denselben Maßstäben messen.

Aber das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum diese beiden Wirtschaftssysteme so völlig unterschiedlich leistungsfähig sind. Außer auf dem Gebiete der Rüstung und vielleicht noch auf dem der Weltraumfahrt gibt es, wenn ich es richtig sehe, ja im Ostblock kaum ein wirtschaftliches Gebiet, von dem man sagen kann, das Ostblocksystem sei unserem westlichen überlegen. Im Gegenteil: Das System dort ist in aller Regel unterlegen.

Weil dieses System aber unterlegen ist, brauchen die Länder des Ostblocks von uns — das wissen wir, und das ist ja auch Gegenstand der Diskussion heute gewesen — Devisen. Diese Not, Devisen beschaffen zu müssen, ist eben für einen Großteil der Problematik des Osthandels verantwortlich. Nur weil es auf seiten der Ostblockländer den absoluten Drang gibt, westliche Devisen zu bekommen, sind Ostblocklieferanten gezwungen, ihre Ware praktisch zu jedem Preis zu verschleudern, um überhaupt die Chance zu erhalten, in den Besitz etwa westlicher Maschinen oder westlicher Ausrüstungsgegenstände zu kommen.

Das ist im östlichen System möglich, weil es dort eben keine normale Kalkulation gibt, wie das bei uns der Fall ist, wo man eben gewisse Kosten hat und versuchen muß, diese Kosten über den Preis der Produkte wieder hereinzubekommen. Dort kann man à tout prix verkaufen. Man muß dabei nur feststellen, wie teuer man seine Gegenstände im Westen absetzen kann, um Devisen zu bekommen.

Daß das alles zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung in den Ostblockländern geht, ist mehrfach gesagt worden und braucht nicht wiederholt zu werden.

Es wird immer von Dumping gesprochen. Meine Damen und Herren, man kann vielleicht nicht von Dumping im klassischen Sinne sprechen, etwa vom Verkauf unter Kosten. Man kennt dort keine Ko-

stenrechnung. Aber man kann sicherlich von dem sprechen, was ich systemimmanentes Dumping nennen möchte. Das heißt, das Dumping liegt in dem wirtschaftspolitischen System, mit dem wir es zu tun haben.

Lassen Sie mich aus der Diskussion bzw. aus dem, was ich grundsätzlich zu sagen versucht habe, drei Schlußfolgerungen ziehen. Ich glaube, dem, was Herr Atkinson in seinem Bericht hinsichtlich des notwendigen **wirtschaftlichen Austausches als Grundsatz einer Friedenspolitik** gesagt hat, gibt es nichts hinzuzufügen. Aber es gibt drei praktische Probleme. Erstens. Wir müssen im Handel mit der Sowjetunion und mit den RGH-Ländern dafür sorgen, daß keine Umgehungsgeschäfte gemacht werden. Sie alle wissen, daß etwa die Europäische Gemeinschaft und andere Länder nach dem GATT gewisse Vereinbarungen getroffen haben, etwa Selbstbeschränkungen. Ich nenne als Stichwort nur das sogenannte Welttextilabkommen.

Es darf nicht sein, daß über Ostblockländer mit den dort vorhandenen Möglichkeiten Umgehungsimporte getätigt werden, so daß dann etwa über den Handel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Waren, deren Ausfuhr einer Beschränkung unterliegt, in die freien westlichen Länder gelangen. Wir wissen von der anderen Seite, daß sie sich nicht an diese internationalen Verträge hält.

Zweitens. Wir sind eine Organisation, die es mit Verteidigungspolitik zu tun hat. Bei aller Notwendigkeit, Geschäfte mit den Ostblockländern zu betreiben, muß ich sagen: Das darf aus meiner Sicht nicht so weit gehen, daß wir strategische Güter für unsere Armeen aus dem Ostblock beziehen. Ich nenne nur das Stichwort Herstellung von Uniformen in Ostblockländern. Im Zusammenhang hiermit hat man bei einigen militärischen Übungen festgestellt, daß die Verteidigungsbereitschaft nicht mehr sichergestellt ist. Ich glaube, wir müssen an die Länder, wo das geschieht, appellieren, diese Praktiken einzustellen.

Das dritte ist bereits kurz angesprochen worden — Herr Atkinson hat es ebenfalls gesagt —: Es darf keinen Wettlauf hinsichtlich der **Kreditkonditionen beim Ostgeschäft** geben. Es ist ja dankenswerterweise ein OECD-Kodex hinsichtlich der Ausfuhrkredite verabschiedet worden. Aber jeder kundige Thebaner weiß natürlich, daß dieser Kodex vorne und hinten nicht ausreichend ist, daß er unterlaufen werden kann. Gerade die Sowjetunion und die sowjetischen Banker sind Meister darin, etwa durch erhöhte Preise im Liefergeschäft hinterher die Kreditkonditionen entsprechend herunter zu manipulieren. Auch hier müssen wir dafür sorgen, daß derartige Umgehungen nicht möglich sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen: Osthandel ja, Verbreiterung des Osthandels ja, aber es muß auch einen Maßstab dabei geben. Das ist unsere eigene Interessenlage. Die Verfolgung eigener Interessen ist in der internationalen Politik immer der beste Garant dafür, daß eine vernünftige und allen Seiten Rechnung tragende Politik betrieben wird. Deswegen, glaube ich, sollte das auch für den Osthandel gelten.

Empfehlung 401

betr. die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion

Die Versammlung

- (i) vertritt die Ansicht, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion den Rüstungsanstrengungen seit mehreren Jahrzehnten Vorrang eingeräumt wird und daß diese Rüstung diejenige der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses derzeit in zahlreichen Bereichen übertrifft;
- (ii) vertritt die Ansicht, daß sich die sowjetische Militärmacht auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung entfaltet und dazu beiträgt, mehrere Länder in einem Abhängigkeitszustand zu halten;
- (iii) bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Einleitung oder Fortsetzung verschiedener internationaler Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung der Sowjetunion die Möglichkeit geben wird, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung neue Richtlinien zu geben;
- (iv) bedauert, daß es den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses weder gelungen ist, gemeinsame Verhaltensregeln für ihre Handelsbeziehungen zu den Ostblockländern festzulegen, noch eine ausreichende Konzertierung bei der Anwendung von Wirtschaftssanktionen als Reaktion auf den Mißbrauch militärischer Macht durch die Sowjets zu erzielen;
- (v) stellt fest, daß der Abschluß eines südkoreanischen Zivilflugzeugs mit Besatzung und Passagieren am 1. September 1983 durch ein sowjetisches Militärflugzeug eine unannehmbar Verletzung des internationalen Rechts darstellt;
- (vi) berücksichtigt die Behauptungen, denen zufolge Zwangsarbeiter beim Bau der sibirischen Erdgasleitung nach Westeuropa eingesetzt werden;

empfiehlt dem Rat,

1. eine Konzertierung zwischen allen demokratischen Ländern im Hinblick auf die gemeinsame Festlegung von Beschränkungen zu fördern, die diese Länder sich auferlegen würden, um sicherzustellen, daß ihr Handel mit den Ostblockländern diese nicht bei der Anhäufung von Rüstungsgütern unterstützt, insbesondere:
 - a) Verbot aller Exporte von fortgeschrittener Technologie, die zu Rüstungszwecken genutzt werden könnte;
 - b) Vermeidung von langfristigen Verträgen, die die westlichen Vertragsparteien von den Ostblockländern wirtschaftlich abhängig machen;
 - c) keine unangemessene Förderung der Erschließung sowjetischer Ressourcen zum Nachteil derjenigen des Westens oder der Dritten Welt;

- d) keine Gewährung allzu günstiger Kreditbedingungen an die Ostblockstaaten und keine Billigung einer übermäßigen Verschuldung dieser Länder;
 - e) Ablehnung des Prinzips des Tauschgeschäfts;
2. diese Prinzipien unter Berücksichtigung der Ergebnisse der internationalen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung entsprechend anzupassen;
 3. auf die Ausarbeitung neuer internationaler Bestimmungen für den Luftverkehr im Rahmen der internationalen Zivilluftfahrtorganisation hinzuwirken, um die Wiederholung eines ähnlichen Zwischenfalls wie am 1. September 1983 unmöglich zu machen;
 4. allen Anzeichen für den Einsatz von Zwangsarbeitern beim Bau der sibirischen Erdgasleitung nachzugehen und darüber Bericht zu erstatten.

Tagesordnungspunkt:

Die Versammlung der WEU und die Nordatlantische Versammlung

(Drucksache 955)

Berichterstatte: Abg. Stoffelen (Niederlande)

(Themen: Vergleich des Aufbaus und der Arbeit beider Versammlungen)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich unserem Ausschußvorsitzenden, Herrn Pieter Stoffelen, für seinen Bericht herzlich danken, der mit sehr viel Fleiß und Sachkenntnis erstellt wurde. Ich möchte aber auch Ihnen, Herr Präsident, meinen Dank für Ihre verständnisvollen Worte sagen, die Sie zu Beginn der Debatte für unsere Arbeit gefunden haben.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zu Beginn meines Beitrags auf die Tabelle auf Seite 10 des Berichtes beziehen. Dort sind nämlich die Aktivitäten aufgezeichnet, die in den einzelnen Parlamenten von den Parlamentariern entwickelt wurden. Mit Bedauern mußte ich feststellen, daß wir im Jahre 1982 nur 54 Aktivitäten zu verzeichnen hatten. Dies sind die wenigsten seit dem Jahre 1975. Die Zahl der Aktivitäten ging in allen Parlamenten zurück. Herr Präsident, man fragt sich: Worauf ist das zurückzuführen? Ist es Bequemlichkeit bei der parlamentarischen Arbeit, oder ist sogar eine gewisse Aversion gegenüber der WEU als Institution eingetreten?

Es ist nicht zu verhehlen, daß es auch in der Bundesrepublik Stimmen gibt, die gegen die NATO sprechen. Es sind aber Einzelstimmen. Ich möchte

hier hervorheben, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands klar zum Bündnis bekannt hat, und zwar auf dem Bundesparteitag in Köln, der kürzlich stattgefunden hat. Ich möchte zwei Abschnitte aus dem Protokoll zitieren, die dieses belegen:

Die SPD wird von den Grundsätzen „Verteidigungsfähigkeit“ und „Verständigungsbereitschaft“, wie sie das Atlantische Bündnis im Harmel-Bericht 1967 festgelegt hat, ausgehen und unter Einbeziehung des Zwischenberichts der vom Münchener Parteitag eingesetzten Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ die Strategiediskussion in der Bundesrepublik und im Bündnis vorantreiben.

Einige Zeilen später heißt es dann:

Die SPD geht dabei von folgenden Grundsätzen aus. Unsere Sicherheitspolitik strebt eine gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis an, wie sie Präsident Kennedy bereits vor 20 Jahren formuliert hat. Die einzig wirksame Landesverteidigung für unser Land ist die Kriegsverhütung. Diesem Ziel hat die Bundeswehr und haben Politik und Strategie des Bündnisses zu dienen. Bündnis, NATO und Bundeswehr sind für die Erreichung dieses Zieles unverzichtbar.

Daraus geht klar unsere Haltung gegenüber gewissen Anfechtungen und Anfeindungen hervor.

Herr Präsident, wenn die Situation nun aber so ist, müssen wir auch als Parlamentarier in der WEU-Versammlung unser Möglichstes tun, um mit den Gremien der NATO in Kontakt zu bleiben und die Verbindung auszubauen. Leider scheinen in der Vergangenheit einige Versäumnisse eingetreten zu sein. Wir bemühen uns von seiten des Ausschusses, diese zu überwinden, damit es nicht dazu kommt, daß die Rechte nicht weiß, was die Linke tut.

Der Herr Berichterstatter sagte weiterhin, wir müßten in der Öffentlichkeit zeigen, wer wir als WEU-Versammlung sind. Ich beziehe mich in diesem Zusammenhang auf das orangefarbene Heftchen mit dem Titel „Die Westeuropäische Union“, das uns der Kollege Berchem im vergangenen Jahr mit einem Bericht vorgelegt hat. In der Inhaltsangabe steht unter Punkt III „Der Rat der WEU“, unter Punkt IV „Das Amt für Rüstungskontrolle“ und unter Punkt V „Der Ständige Rüstungsausschuß“. Erst unter Punkt VI folgt „Die Versammlung“. Wir sind im letzten Drittel des Heftchens auf Seite 32 eingeordnet. Ich habe dies auch erst heute bei der Debatte bemerkt und es mir vor Augen geführt: Einige Institutionen, die vor der Versammlung aufgeführt werden, wurden heute morgen in der Haushaltsdebatte als überflüssig angesehen. Man hat erwogen, die Mittel für diese Institutionen zu streichen.

Laßt uns also gemeinsam an die Arbeit gehen, um das, was Pieter Stoffelen vorgetragen hat, in Angriff zu nehmen: unsere WEU-Versammlung aufzuwerten, ihre Resonanz in der Öffentlichkeit zu verstärken und auch den Kontakt zur NATO zu vertiefen und auszubauen. — Schönen Dank.

Donnerstag, 1. Dezember 1983

Tagesordnungspunkt:

**Afrikas Rolle im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik
— Tschad —**

(Drucksache 957)

Berichtersteller: Abg. Dr. Müller
(Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Wenn wir heute zu früher Stunde über die Situation in Afrika und speziell im **Tschad** zu diskutieren haben, so möchte ich mit einer Feststellung beginnen, die gerade mein Kollege Gansel getroffen hat. Er meinte, die Besetzung unseres Forums hier sei ähnlich dicht wie die Besiedlung im Tschad. Er hat damit auf ein Problem hingewiesen: Bei diesem Land, mit dem wir uns jetzt zu beschäftigen haben, handelt es sich um ein verhältnismäßig großes Land. Es ist von der Ausdehnung, von der Fläche her mehr als doppelt so groß wie Frankreich, das größte westeuropäische Land. Es hat aber nur eine Bevölkerung von etwas mehr als vier Millionen Einwohnern.

Trotzdem hat der Tschad seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1960 immer wieder Aufmerksamkeit erregt, und zwar unangenehme Aufmerksamkeit, wenn ich das so formulieren darf, weil er eigentlich nie richtig zur Ruhe gekommen ist. Es gab im Tschad immer Auseinandersetzungen um die Zentralregierung. Auch die gegenwärtige Krise ist von diesen ursprünglichen Ursachen ausgelöst worden. Es wäre zu einfach, wenn man diese Auseinandersetzung als einen Nord-Süd-Gegensatz darstellen würde, obwohl es in der Diskussion immer wieder so formuliert wird. Oft wird von einem Gegensatz zwischen dem mehr moslemisch orientierten Norden und dem mehr christlich-animistisch orientierten Süden ausgegangen. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt im Süden. Im Süden des Tschad liegt auch der Teil, in dem die Wirtschaft gedeiht, weil auf Grund der klimatischen Bedingungen nur dort z. B. Baumwollfelder und andere Anlagen zu finden sind. Ich sagte aber schon, es wäre zu einfach, alles aus einem Nord-Süd-Gegensatz heraus zu begründen. Die beiden Hauptopponenten, die sich zur Zeit im Tschad gegenüberstehen, Oueddei und Habré, kommen beide aus dem Norden. Trotzdem stehen sie sich gegenüber und bekämpfen sich.

Schon unter dem ersten Präsidenten Tombalbaye begannen die Auseinandersetzungen. Als nach der Unabhängigkeit nach ein paar Jahren die auf Grund eines Beistands- und Bündnispaktes mit dem neu entstandenen Staat stationierten französischen Truppen zurückgezogen worden waren, mußten sie schon 1968 von Präsident Tombalbaye wieder zurückgerufen werden. Sie blieben dann bis 1971 im Land.

Die nächste große Krise begann im Jahr 1973, als Libyen einen Teil im Norden des Tschad besetzte,

den sogenannten Aozou-Streifen. An und für sich ist dies eine völlig karge Gegend, die sich — so habe ich es einmal formuliert — nicht einmal für europäische Reisebüros als Angebot für Abenteuerreisen besonders eignen würde. Immerhin wird aber vermutet, daß es in dieser Gegend wertvolle **Mineralien** gibt. Genaues weiß man nicht. Eventuell soll es dort auch Uran geben. Deswegen könnte ein besonderes Interesse an dieser Gegend vorhanden sein. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Besetzung, man kann schon fast sagen, diese **Annexion** des Streifens im Norden des Tschad **durch Libyen** nicht etwa eine Erfindung des Colonel Gaddafi ist. Vielmehr gab es schon zur Zeit des König Idris, also des Vorgängers von Gaddafi, und zur Zeit der Sultane, also in der Zeit der alten großen Osmanenherrschaft Bestrebungen, den Einflußbereich nach Süden hin auszuweiten.

Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß der Tschad eine Brückenfunktion hat. Er ist, wie ich vorhin erwähnte, selbst in einen mehr islamischen Norden und einen christlichen Süden geteilt. Er bildet sozusagen genau den Übergang zwischen Nordafrika und Zentralafrika. Deswegen ist er besonders interessant.

Nach der Ermordung von Präsident Tombalbaye am 13. April 1975 folgte dann nach einem Armeeputsch General Malloum als neuer Präsident. Aber auch er konnte den Tschad nicht befrieden, denn bald darauf, am 31. August 1978, hat der Führer der Toubou-Rebellion — diese geht auf einen Stamm im Norden zurück, der immer eine gewisse Rolle gespielt hat —, Hissène Habré, zum erstenmal die Premierministerschaft im Tschad übernommen. Ich möchte zu dieser Protestbewegung aus dem Norden noch eine Bemerkung machen. Sie ist schon sehr früh unter dem Namen Frolinat im Sudan gegründet worden. Man hat immer auch den Verdacht ausgesprochen, daß diese Bewegung etwas mit der Minderheit der 13% arabophonen Bevölkerung zu tun haben könnte. Das ist aber nicht der Fall, weil sowohl Habré als auch Oueddei nicht zu dem arabophonen, also arabisch sprechenden Teil der Bevölkerung im Tschad gehören.

Es ging in den Auseinandersetzungen — damit kommen wir schon in die Schlagzeilen der jüngsten Vergangenheit — damit weiter, daß auch Habré vertrieben wurde und von einer sogenannten Nationalen Einigungsregierung im Übergang, wie sie bezeichnet wurde, die aus elf verschiedenen, militärisch organisierten Fraktionen bestand, unter Goukouni Oueddei abgelöst wurde. Aber auch diese hatte nicht lange Bestand. Seit Juni 1982 ist wieder Habré derjenige, der in N'Djamena, der Hauptstadt, das Sagen hat.

Nun beginnen die aktuellen Verwicklungen, Habré war offensichtlich in der Lage, das Land einigermaßen unter Kontrolle zu bekommen. Er hat in seiner Regierung zum Teil auch Leute übernommen, die vorher der Nationalen Einigungsregierung im Übergang angehörten. Vor allem Leute aus dem südlichen Teil des Tschad sind dort stark vertreten. Es gelang ihm auch, die Anerkennung der Organisation für Afrikanische Einheit zu bekommen.

Der unterlegene Oueddei, der zunächst nach Kame-run geflohen war, kehrte wieder zurück. Er kehrte, wenn ich es einmal so formulieren darf, massiv zurück, nämlich mit libyscher Unterstützung, und zwar nicht etwa nur mit ein paar Söldnern, die mit alten Vorderladern in einen innerafrikanischen Bürgerkrieg eingegriffen hätten, sondern mit modern ausgerüsteten Einheiten, mit Kettenfahrzeugen, Flugzeugen usw.

Die Folge war, daß es mit dieser libyschen Unterstützung im Laufe dieses Jahres faktisch zu einer Zweiteilung des Landes gekommen ist und daß dann wieder einmal auf Grund des Beistandspaktes von der Zentralregierung in N'Djamena unter His-sène Habré französische Truppen zu Hilfe gerufen wurden. Ich kann mir vorstellen, daß der französischen Regierung diese Entscheidung gerade nach dem innenpolitischen Machtwechsel in Frankreich nicht leichtgefallen ist. Sie hat aber Verträge vorgefunden, die sie wohl einhalten mußte. Nach einem gewissen Zögern wurde nicht nur logistische Unterstützung gewährt, sondern es wurden auch Kampftruppen, Elitetruppen — rund 3 000 Mann — in den Tschad entsandt, die — Gott sei Dank, kann man sagen — bis heute nicht in unmittelbare Kämpfe mit Libyern verwickelt worden sind. Sie haben vielmehr dazu beigetragen, daß eine sogenannte rote Linie des Waffenstillstandes eingehalten wird. Es ist verhältnismäßig leicht, eine solche Linie in dem Wüstenland zu ziehen, weil es dort sowieso nur wenige Verkehrswege — Karawanenstraßen — gibt, die benutzt werden können.

Die aktuelle Situation, in der wir jetzt stehen, ist also die, daß wir faktisch einen zweigeteilten Tschad haben, in dem im Norden libysche Einheiten, im Süden an der Seite der Zentralregierung auf Grund des Beistandspaktes Franzosen stehen. Dazu kommen noch Truppen aus Zaïre und aus anderen Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit, die auch vorher schon einmal ins Land gerufen worden sind. Die Sorge der Organisation für Afrikanische Einheit ist die, daß hier ein neuer Unruheherd entstehen könnte, der sich auf Nachbarstaaten des Tschad auswirken könnte. Es ist ja nicht unbekannt, daß es im Laufe der letzten Monate und Jahre in Obervolta und in Gambia, um nur zwei Beispiele zu nennen, Putschversuche oder erfolgreiche Putsche gegeben hat, bei denen man immer wieder eine ordnende Hand im Hintergrund vermutete, die im Norden ausgemacht wurde. Die Bedenken, die man bei der Organisation für Afrikanische Einheit hat, resultieren aber nicht nur aus dem Gesichtspunkt, daß Entwicklungen dieser Art ansteckend wirken könnten. Vielmehr spielt auch ein anderer Gesichtspunkt eine Rolle: Zu den Grundprinzipien der **Organisation für Afrikanische Einheit** gehört, daß man sagt, die Grenzen aus der Kolonialzeit sollten erhalten bleiben; es solle keine Grenzänderung geben. Wenn es im Tschad jetzt zu einer Lösung käme, die eine neue Grenzziehung brächte, so wäre dieses Grundprinzip der Organisation für Afrikanische Einheit durchbrochen. Die Folge davon wäre natürlich ein Rattenschwanz von ähnlichen Auseinandersetzungen in anderen afrikanischen Staaten. Es gibt schließlich fast keinen

afrikanischen Staat oder fast kein Mitgliedsland der Organisation für Afrikanische Einheit, in dem es nicht irgendwelche Forderungen gäbe, nach ethnischen oder nach historischen Gesichtspunkten neue Grenzen zu ziehen. Es wäre also ein Teufelskreis, der hier eröffnet würde.

Was betrifft nun uns, die WEU, daß wir uns mit der Frage des Tschad beschäftigen?

Zunächst einmal die Tatsache, daß **Truppen eines Mitgliedslands der WEU** dort eingesetzt werden. Denn das bedeutet, daß sie für die Verteidigung in unserem Bereich fehlen, auch wenn es nur 3 000 Mann sind. Es sind allerdings Elitesoldaten, und man weiß ja nie, was aus einer solchen Verwicklung entstehen kann mit all den Auswirkungen auf das Verteidigungssystem. — Das ist das eine.

Das zweite ist, daß wir alle, die Mitgliedsländer der WEU, uns Sorgen machen müssen, daß durch eine Ausweitung des Konflikts im Tschad der „weiche Unterleib Europas“ in Afrika in Schwierigkeiten kommen könnte mit all den Auswirkungen auf Sicherheit und Verteidigung hier in Westeuropa.

Wir bedauern sehr — und ich bringe das auch in meinem Bericht zum Ausdruck —, daß wir die Instrumente des erweiterten Brüsseler Vertrages nicht genutzt haben, wie es eigentlich der Sinn dieses Vertrages ist. Ich meine die Konsultation, in der von Frankreich als einem der Vertragspartner entsprechende Aufklärung gegeben worden wäre. Genauso kann man den übrigen Vertragspartnern sagen, daß sie eine solche Aufklärung gar nicht verlangt haben. Aber ganz gleich, wem man jetzt den entscheidenden Schritt zuschieben will: es ist nicht geschehen, und das ist etwas, was meiner Ansicht nach zu bedauern ist. Zum letzten Mal gab es eine **Konsultation** im Zusammenhang mit der Krise um die Falklandinseln. Die WEU-Versammlung hatte sie gefordert. Es hätte eine solche Konsultation — das ist auch die Meinung unseres Ausschusses — auch in dieser Frage geben müssen.

Wie wird es nun im Tschad weitergehen? Auch das ist etwas, was uns Sorgen machen muß. Wir haben in den letzten Monaten beobachten können, daß es immer wieder Kontakte zwischen beiden Seiten dort im Tschad gegeben hat. Auch z. B. auf der französisch-afrikanischen Konferenz in Vittel haben solche Kontakte stattgefunden. Bisher ist aber nichts Konkretes dabei zustande gekommen.

Die Meldung, die uns jetzt am ehesten Hoffnung schöpfen läßt, ist die, daß Habré, der nach wie vor die Zentralregierung in N'Djamena vertritt, zugestimmt hat, daß es in Addis Abeba, dem Sitz der Organisation für afrikanische Einheit, zu Friedensgesprächen, zu Verhandlungen kommen soll, wenn auch der Tag noch nicht feststeht.

Alle wollen verhandeln. Auch Libyen will verhandeln, wobei interessant ist, daß die Libyer zwar für Verhandlungen sind, aber erklären, eigentlich hätten sie gar nichts damit zu tun, weil keine Truppen von Libyen im Tschad stünden; etwas, was von allen, die die Situation dort kennen, als sehr eigenartige Darstellung angesehen wird.

Wir müssen ein Interesse daran haben — das darf ich zusammenfassend sagen —, daß wir mit dem Tschad nicht ein weiteres Land in der Welt bekommen, das zweigeteilt ist. Wir haben schon genügend Sorgen mit zweigeteilten Ländern überall in der Welt. Wir wissen, daß zweigeteilte Länder nicht ein besonderer Sicherheitsfaktor, sondern ein Unsicherheitsfaktor in der Weltpolitik sind.

Wir müssen weiter daran interessiert sein, daß die ausländische Intervention, die dort stattgefunden hat, und zwar jene Intervention, die nicht auf Grund eines Beistandspakts erfolgt ist, sondern die der einseitigen Unterstützung einer gegen die Zentralregierung rebellierenden Gruppe dient, rückgängig gemacht wird. Wir müssen fordern, daß in diesem Land wieder Frieden einzieht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Tschad gehört zu den ärmsten Ländern dieser Welt. Auch dort verhungern Kinder. Es ist nicht einsehbar, daß die Situation in einem solchen Land durch Bürgerkrieg, aber auch durch ausländische Intervention noch verschärft wird. Man sollte für Frieden sorgen, man sollte die Waffen wieder einpacken und an den Wiederaufbau des Tschad gehen. Das wäre sicher im Interesse der Menschen im Tschad. Es wäre auch im Interesse der Mitgliedsländer der WEU, daß wieder eine stetige Entwicklung im Tschad unter friedlichen Bedingungen und ohne ausländische Intervention eingeleitet wird.

Hierzu unseren Beitrag zu leisten, muß ein Ziel sein, hierzu unsere Ratschläge zu geben, kann eine Aufgabe sein. — Ich danke Ihnen.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Bericht von Herrn Müller aufmerksam gelesen und mir jetzt auch seine Begründung genau angehört. Er hat in seinen Schlußfolgerungen festgestellt, eine große Mehrheit des Politischen Ausschusses sei für die Intervention Frankreichs. Hinter dieser Aussage verbirgt sich — ich wäre dem Berichtstatter dankbar gewesen, wenn er in seinem Bericht auch die Position der Minderheit kurz dargestellt hätte — die Ablehnung zumindest durch uns, d. h. DIE GRÜNEN. Ich möchte das kurz begründen.

Ich stimme Herrn Müller zu, daß der **Friede in Afrika** gesichert werden muß, also Frieden ja, aber *pax africana*. Es geht mithin nicht um einen von Europäern oder von anderen, meinetwegen auch von den USA, Mächten hergestellten Frieden durch Drohung oder durch was sonst auch immer.

Eine Begründung von Herrn Müller war, möchte ich sagen, etwas verräterisch. Er hat zumindest hinsichtlich der Region, die hier in Betracht kommt, als von dem weichen Unterleib Europas gesprochen. Ich meine, wir sollten uns eine solche Betrachtungsweise abgewöhnen. Natürlich kann es so sein, daß ehemalige Kolonialstaaten, die sich afrikanische Gebiete früher einverleibt hatten, heute noch gewisse Ausstrahlungen verspüren, so wie etwa nach einer Amputation. Wir sollten trotzdem vorsichtig sein in unserer Wortwahl.

Wir sollten zugestehen — in dem Sinne der Kollegin, die vorhin gesprochen hat —, daß es sich um einen eigenen Körper handelt. Wir sollten helfen, diesen eigenständigen Körper weiterzuentwickeln. Es handelt sich also nicht um den weichen Unterleib Europas. Vielmehr ist Afrika ein eigenständiger Körper, und in dieser Eigenständigkeit muß Afrika ermutigt und unterstützt werden.

Wenn sich Europäer provoziert fühlen, sich in irgendeiner Weise mit Blick auf Afrika zu äußern oder sich dort einzumischen, dann darf das doch auf keinen Fall mit militärischen Mitteln geschehen. Erforderlich sind nichtmilitärische Mittel, mit denen sozusagen die Abwehrkraft Afrikas beispielsweise durch gerechtere Verteilung der Güter gestärkt wird. Dazu gehört auch — Herr Müller hat auf hungernde Menschen hingewiesen —, daß dort, wo Menschen hungern, unabhängig davon, ob dort ein militärischer Konflikt herrscht oder nicht, Hilfsgüter geschickt werden. Das wäre eine Möglichkeit, durch direkte Hilfe Unterstützung zu gewähren.

Dann hat Herr Müller eine weitere Begründung geliefert, die meine Abneigung gegen derartige Interventionen noch unterstreicht. Er hat gesagt, aus solchen Verwicklungen könne mehr entstehen. Er hat damit wohl sagen wollen, der Grund, warum wir uns als Westeuropäische Union zum Eingreifen Frankreichs äußerten, liege darin, daß wir natürlich auch um Frankreich besorgt seien, um die Rolle Frankreichs innerhalb der Westeuropäischen Union. Aber gerade die Begründung, daß Verwicklungen entstehen könnten, sagt mir, daß für Europa Situationen auftreten könnten, in denen Europa als Ganzes in immer neue Interventionen in Afrika oder sonstwo verwickelt werden könnte. Das ist nicht die Richtung, in die Europa aus unserer Sicht gehen sollte.

Europa sollte sozusagen ein Freund solcher Länder sein, sollte diese Länder unterstützen, sollte ihnen auch Hilfe ziviler Art leisten, soweit das erforderlich ist. Europa sollte aber nicht eine zu militärischen Interventionen bereite Macht sein.

Eine weitere, von einem anderen Kollegen vorgebrachte — ich glaube, es war Herr Cavaliere — Meinung ist ebenfalls verräterisch. Man zieht nämlich einen Vergleich mit Grenada. Es wird gesagt, die **Intervention der USA in Grenada** könnten wir nicht verurteilen, wenn wir gleichzeitig diese Intervention Frankreichs guthießen. Das ist ein weiterer Grund, warum ich diese Intervention Frankreichs nicht gutheißen kann. Gerade dieser Vergleich zeigt doch, wozu das führen kann. Das wird irgendwann zu dieser unseligen Form von brüderlicher Hilfe führen, wie sie die Sowjetunion über Jahre hinweg entwickelt hat. Die Sowjetunion hat eine Tradition — ich sage das in aller Ironie — ungebetener brüderlicher Hilfe.

Die USA haben eine Tradition aufgedrängter Hilfe. Und jetzt ist eine dritte Form im Falle Grenada entwickelt worden, und zwar ganz beiläufig. Das ist eine aufgedrängte Hilfe sozusagen auf das Hilfsersuchen Dritter. Wenn wir das zu Ende denken,

kann es einmal dazu kommen, daß Italien die Bundesrepublik Deutschland zur Intervention in Malta auffordert, damit dort auf Grund irgendeines Friedens- oder Freiheitsbegriffs „Frieden in Freiheit“ hergestellt wird. Letztlich würde das also zu Absurditäten führen. Wir können Europa nicht in einer solchen Politik verschleißen.

Ich möchte abschließend sagen: Es ist auch problematisch, wenn man argumentiert, es handele sich um ein Gebiet außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der NATO, d. h. auf Grund von Hilfsersuchen oder auf Grund anderer Rechtsgrundlagen sei dort die Zuständigkeit europäischer Länder sozusagen halbautomatisch gegeben, weil die NATO nicht zuständig sei. Sobald man die NATO hier auch nur gedanklich ins Spiel bringt und sobald man die Verwicklung Moskaus auch in dieser Region so stark betont, wird man diese Länder immer mehr in den Ost-West-Gegensatz hineinziehen. Das wäre eine unselige Entwicklung, gegen die wir uns rechtzeitig wenden sollten.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz die Diskussion zusammenfassen, die wir vor den Ausführungen des Ministers geführt haben.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß es kaum kritische Anmerkungen gegeben hat, sondern daß im Gegenteil im großen und ganzen die Intentionen des Ausschusses und des Berichterstatters begrüßt worden sind. Ich möchte allerdings noch zwei Punkte aufgreifen, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben.

Zunächst wende ich mich dem Beitrag des Kollegen Beix aus Frankreich zu, der darauf hingewiesen hat, wie schwierig es gewesen sei, die **Intervention der französischen Truppen** zeitgerecht vorzubereiten. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß erst einmal die Lufttransportkapazität habe zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich glaube, gerade dieser Beitrag des französischen Kollegen zeigte, welche **Rückwirkungen** eine solche Intervention auf die **Verteidigungsbereitschaft der Mitgliedsländer der WEU** — in dem Falle Frankreichs — hat. Das hat dieser Beitrag sehr deutlich gemacht.

Ich persönlich bin schon der Meinung — jetzt gehe ich auf den Herrn Minister ein, der nicht mehr da ist; aber selbstverständlich äußere ich mich zu dem, was er zum Tschad gesagt hat —, daß eine solche Intervention wie im Tschad nicht etwas ist, was die WEU nicht beschäftigen sollte, daß sie vielmehr sozusagen keine kleine Privataffäre ist, die in Afrika stattfindet. Ich darf darauf verweisen, daß Herr Jobert zu einer anderen Zeit als Außenminister — ich glaube, es war im Jahre 1973 — ausdrücklich den Wunsch geäußert hat, daß sich die WEU auch mit afrikanischen Fragen beschäftigen sollte. Die Verpflichtungen, die Frankreich nicht nur gegenüber dem Tschad, sondern gegenüber vielen afrikanischen Staaten hat, müßten für uns Veranlassung sein, daß immer im Auge zu behalten. Herr Hernu hat selber darauf hingewiesen, daß das in anderer Form auch für Großbritannien oder für die Nieder-

lande gelte. Deswegen vertrete ich die Meinung — ich sage es noch einmal —, daß wir das nicht einfach als erledigt oder als nicht notwendig ablegen, sondern im Auge behalten sollten.

Nun muß ich natürlich noch einige Sätze zum Kollegen Vogt sagen, nicht, weil das ein speziell deutsches Problem wäre. Aber er hat, wie er gesagt hat, als Vertreter der GRÜNEN gesprochen. Zwei Bemerkungen dazu.

Zunächst zu dem Ausdruck weicher Unterleib: Das ist nicht meine Erfindung. Er stammt von Winston Churchill und wurde in dem Gespräch in Casablanca und dann auf der Konferenz von Teheran gebraucht. Ich habe diesen Begriff nur verwendet.

Mich hat eigentlich etwas überrascht, Herr Kollege Vogt, daß Sie davon gesprochen haben, Afrika sei etwas Besonderes, Europa sei etwas Besonderes. Dabei war ich doch immer der Überzeugung, daß es gerade ein Bestandteil der Grünen Bewegung ist, die Welt als Ganzes zu sehen, die Herausforderungen, vor denen die Welt steht, als Ganzes zu betrachten und nicht sozusagen isolierte Zonen zu schaffen, um dann zu sagen, was dort passiert, gehe uns gar nichts an. Ich bin da anderer Meinung. Die Welt wird immer kleiner. Wir sind immer mehr aufeinander angewiesen. Gerade deswegen müssen wir uns mit den Problemen anderswo auch beschäftigen.

Die zweite Bemerkung — da muß ich differenzieren —: Sie haben von der brüderlichen Hilfeleistung gesprochen und mit Recht auf die Sowjetunion angespielt. Aber, ich glaube, man kann das nicht mit der Situation im Tschad vergleichen. Hier handelt es sich um Verträge auf einer ganz anderen Basis. Die französische Armee ist ja sicher nicht, wie wir alle gesehen und heute auch gehört haben, mit fliegenden Fahnen und mit klingendem Spiel — so möchte ich beinahe sagen — in den Tschad gezogen. Vielmehr hat Frankreich die sicherlich nicht immer angenehme Verpflichtung erfüllen müssen, die sich aus einem Vertrag ergibt. Frankreich war also verpflichtet, Beistand zu leisten.

Das ist das Wesentliche, was ich meinerseits noch zur Debatte zu sagen hatte. Ich danke allen, die sich an dieser Debatte beteiligt haben. Ich bin recht zufrieden, daß wir eine breite politische Übereinstimmung erzielt haben.

Empfehlung 402

betr. Afrikas Rolle im Rahmen einer Europäischen Sicherheitspolitik — Tschad —

Die Versammlung,

- (i) verurteilt die Invasion des Tschad durch libysche Streitkräfte, die eine Bedrohung des Friedens in einem Gebiet darstellt, das für die

westeuropäischen Staaten von besonderem Interesse ist;

- (ii) vertritt die Ansicht, daß Libyen weitaus stärker bewaffnet ist als alle Staaten Zentral- und Westafrikas insgesamt;
- (iii) vertritt die Ansicht, daß die Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad, die auf Ersuchen der tschadischen Regierung und mit Billigung einer Vielzahl afrikanischer Staaten erfolgte, die Intervention Libyens entmutigen dürfte;
- (iv) vertritt die Ansicht, daß die Respektierung der international anerkannten Grenzen für die Erhaltung des Friedens auf dem afrikanischen Kontinent von wesentlicher Bedeutung ist;
- (v) billigt die Maßnahmen, die Frankreich auf Ersuchen der tschadischen Regierung ergriffen hat, um zur Wiederherstellung des Friedens im Tschad beizutragen;
- (vi) vertritt die Ansicht, daß die Mitgliedsländer der WEU die Friedenserhaltung in Afrika oder die Verlegung von militärischen Verbänden eines dieser Mitgliedsländer nicht unbeachtet lassen können;
- (vii) bedauert, daß keines der Mitgliedsländer Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrages geltend gemacht hat, um entsprechende Konsultationen zwischen den Unterzeichnerländern herbeizuführen;

empfiehlt dem Rat,

1. sicherzustellen, daß die Partner Frankreichs über die politischen und militärischen Maßnahmen unterrichtet werden, die als Folge der Invasion des Tschad durch Libyen getroffen werden;
2. die Solidarität der Mitgliedsländer im Hinblick auf die Maßnahmen Frankreichs im Tschad zum Ausdruck zu bringen;
3. die möglichen politischen und militärischen Folgen dieser Maßnahmen zu untersuchen;
4. seinen Wunsch nach einer baldigen Wiederherstellung von Einheit, Integrität und Frieden im Tschad zum Ausdruck zu bringen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Verteidigungsministers, Charles Hernu

(Themen: Die WEU-Länder und der NATO-Doppelbeschluß — Sicherheitsinteressen außerhalb des Vertragsgebietes — die europäische Position in Abrüstungsgesprächen — Prioritäten französischer Sicherheitspolitik)

Dr. Müller (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister, anknüpfend an Ihr Bekenntnis zur gemeinsamen Verteidigung und zur Solidarität aus der Geschichte, möchte ich Ihnen zwei Fragen stellen.

Laut „Agence France Presse“ vom 4. November haben Sie vor der französischen Nationalversammlung jede **Ausweitung des französischen Atomschirms auf die Nachbarn Frankreichs** „nachdrücklich“, wie es heißt, „zurückgewiesen“. Halten Sie dies im Falle eines Angriffs mit dem Geist und dem Buchstaben des erweiterten Brüsseler Vertrages für vereinbar?

Die zweite Frage. Sie haben in Ihren Ausführungen über Ihre begrüßenswerten Kontakte mit dem italienischen, dem deutschen und dem niederländischen Verteidigungsminister in der Frage der Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Rüstung berichtet. Halten Sie es für möglich, sehr verehrter Herr Minister, nicht nur zweiseitige Abkommen der **Rüstungszusammenarbeit** zu vereinbaren, sondern **innerhalb der Mitgliedsländer der WEU** zu einer größeren Kooperation in ganz konkreten Fällen zu kommen?

Verteidigungsminister Hernu antwortete zur ersten Frage, die Rolle der französischen Nuklearwaffen sei definiert mit der „Verteidigung Frankreichs und seiner vitalen Interessen“. Artikel V des Brüsseler Vertrages überlasse den einzelnen Mitgliedsländern die Entscheidung über die Modalitäten seiner Anwendung. Hinsichtlich der zweiten Frage einer Multilateralisierung der Rüstungskooperation sei die Gefahr zu berücksichtigen, daß sich dabei ein militärisches Direktorium einiger Bündnispartner herausbilden und auf die Ablehnung anderer Partner stoßen könnte. Das bilaterale System biete darüber hinaus den Vorteil, die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Partner leichter in Einklang bringen zu können.